

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Serge Gaillard: Maurers linke Hand im Bilanzinterview. Seite 3



Der grosse work-Report

So isst der Bau

Und: Hier gibt's Warmes für Trucker. Seiten 10–11



Heissgeliebter Winterdienst



**Caroline Nobs räumt
Berns Strassen.** Seite 18

Unia-Chefin beim EU-Botschafter

Falschaussagen zum
Lohnschutz: Vania
Alleva interveniert bei
Mavromichalis. Seite 2

Recht auf Rente

Wer Ende 50 seinen
Job verliert, hat auch
in Sachen Pensions-
kasse eine Problem.
Doch jetzt gibt es
Besserung. work hat
die Tipps. Seiten 14–15



DER MENSCH IST, WAS ER ISST

Was essen die Bauarbeiter eigentlich zum Zmittag? Diese Frage poppte plötzlich an unserer Redaktionssitzung auf. Es folgten vier weitere Fragen: Kochen ihnen die Frauen heutzutage noch vor? Holen sie sich was beim Takeaway? Oder gehen sie in die Beiz? Und wenn sie das vor dem Lockdown taten, was machen sie jetzt? work-Autor Johannes Supe schaute ihnen in die Teller und schrieb dann den grossen Bau-Zmittag-Report (Seite 10–11). Da ist zum Beispiel Stipa K. (59), der auf der Baustelle am Thuner Bahnhof baut. Heute isst er Penne al ragù. Im Tupperware. Vorgekocht von seiner Frau. Dabei war der Maurer selber mal Militärkoch. Musste 1000 Männermäuler stopfen. Oder Polier Fritz I. (58): Heute isst er Bohnen, Wienerli und Spiralen. Er hat selber vorgekocht.

Nahrungsaufnahme ist nur das eine.

DAS ESSEN: Schnell entfachen sich in den Baubaracken lebhaftes Gespräche. Über ein Lammauflauf-Rezept mit Zwiebeln und Kartoffeln. Über selbstgemachte Knödel. Über improvisierte Kaffeeküchen und zu Esstischen umfunktionierte Werkbänke. Über das unbefriedigende Wurstangebot im Cervelat-Land Schweiz. Über den Onkel, der Metzger war. Und über Meisterköche wie Maurer Jacinto R. Der Portugiese kocht und grilliert manchmal für seine zehn Arbeitskollegen. Er kauft ein, alle sitzen zusammen, und dann teilt man sich die Kosten.

DAS ESSEN: Nahrungsaufnahme ist das eine. Das Soziale dabei, das andere. Und Liebe geht bekanntlich auch durch den Magen. Das ist Kultur. Oder wie es der deutsche Philosoph Georg Simmel mal schrieb: «Von allem nun, was den Menschen gemeinsam ist, ist das Gemeinsamste: dass sie essen und trinken müssen.» Was die Menschen aber jeweils konkret essen und trinken, um zu (über)leben, unterscheidet sich je nach Region, Kultur und Epoche. Und je nach Portemonnaie. Wie, wo und was der Mensch isst, sei deshalb soziokulturell geprägt. Wer hart arbeitet wie die Bauarbeiter, braucht am Mittag etwas «Rächts» zwischen die Zähne. Der «Baulüüt»-Burger XL, den sie im Bau-Ausbildungszentrum in Sursee LU servieren, läuft deshalb am besten. 200 Gramm Rindfleisch sind da drin. Und dazu gibt's Cocktailsauce und Pommes frites oder Salat.

DAS ESSEN: Der Mensch ist, was er isst. Das meinte einst Ludwig Feuerbach, ein anderer deutscher Philosoph. Und stellte sich damit gegen das idealistische «Ich denke, also bin ich»-Menschenbild. Gegen die Überhöhung des Kopfs und des Geistes gegenüber dem Bauch und dem Fleisch. Ja, der Materialist und Religionskritiker Feuerbach stürmte los und dachte das menschliche Sein vom Bauche her: «Die erste Bedingung, dass du etwas in dein Herz und deinen Kopf bringst, ist, dass du etwas in deinen Magen bringst.» Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral: das Essen als die Essenz unserer Existenz.

Erhöhung des Frauenrentenalters ohne halbwegs faire Kompensation
Schon 308 534 Unterschriften
gegen Angriff auf die AHV

Die rechten Rentenfälle greifen einmal mehr die AHV an. Diesmal mit einer ungenügend kompensierten Erhöhung des Frauenrentenalters. Sie haben die Rechnung ohne die Frauen gemacht. Und selbst die CVP macht nicht mit.

CLEMENS STUDER

Seit es sie gibt, greifen die rechten Parteien und die Finanzindustrie die AHV an. Mal mehr, mal weniger intensiv. Das im soliden, preiswerten und solidarischen Umlageverfahren finanzierte wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist ihnen ein Dorn im Auge. Viel lieber holen sie sich Milliarden aus der beruflichen Vorsorge und aus privaten Rentenversicherungen. Und spekulieren damit im internationalen Finanzcasino. In letzter Zeit relativ erfolglos. Darum schmelzen die Pensionskassenrenten wie Schnee an der Frühlingssonne. Bei immer höheren Abzügen für die Lohnabhängigen. Und gleichbleibend hohen Profiten für Versicherungen und Banken.

RENTENKLAU

Den neusten Angriff startete vor einigen Wochen die ständerätliche Sozialkommission. Sie will die AHV, die vorübergehend mehr Geld braucht, weil die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen, «sanieren». Auf dem Buckel der Frauen. Denn die von der rechten Kommissionsmehrheit geforderte Erhöhung des Frauenrentenalters ist nichts anderes als eine Rentensenkung für Frauen. Dabei wäre das Gegenteil nötig. Die Frauen erhalten bereits heute rund einen Drittel weniger Rente als die Männer – auch weil sie während ihres Erwerbslebens benachteiligt sind. Im Schnitt verdienen Frauen

für vergleichbare Arbeit rund 20 Prozent weniger. Das ist zwar verfassungswidrig, interessiert aber die rechte Parlamentsmehrheit nicht. Und darum will die Stände-

zeichnet (Stand am Redaktionsschluss). Und senden damit ein starkes Signal an die Rentenfälle im Ständerat.

KLUGER CVP-PRÄSIDENT

Ein starkes Signal sendet auch – wohl für seine Stöckli-Kollegen überraschend – Gerhard Pfister, der



KEIN RENTENKLAU BEI DEN FRAUEN: Auch dies eine Forderung des historischen Frauenstreiks vom 14. Juni 2019.

ratskommission auch nur 440 Millionen Franken zur Abfederung der Frauenrentenkürzungen bewilligen statt der auch schon mickrigen 700 Millionen, die der Bundesrat vorschlägt.

GRANDIOSER ERFOLG

Doch die Frauen wollen sich diese Attacke nicht gefallen lassen. Diesmal reagieren sie bereits vor der Behandlung im Rat. Und vor der Volksabstimmung. Denn das Volk hat AHV-Abbauvorlagen an der Urne immer bachab geschickt. Den von den Gewerkschaften lancierten Appell «Hände weg von den Frauenrenten!» haben unterdessen bereits 308 534 Menschen unter-

«So ein Abbau der Frauenrenten kommt nicht in Frage!»

«MITTE»-PRÄSIDENT GERHARD PFISTER

die soziale Abfederung der Frauenrentenalter-Erhöhung. Die «Heiratsstrafe» ist eine fixe Idee der CVP. Trotzdem lässt sich Pfister nicht kaufen. Der ebenso kluge wie taktisch versierte «Mitte»-Präsident



Nach Falschaussagen zu den flankierenden Massnahmen:
Unia-Chefin Alleva interveniert bei EU-Botschafter

Der EU-Botschafter in der Schweiz machte in einem Interview falsche Aussagen zu den flankierenden Massnahmen. Unia-Chefin Vania Alleva intervenierte.

CLEMENS STUDER

Der neue EU-Botschafter in Bern heisst Petros Mavromichalis und ist griechisch-belgischer Doppelbürger. Bevor er Botschafter in Bern wurde, arbeitete er beim EU-Geheimdienst. Er ist studierter Jurist und spricht sechs Sprachen. Ein offensichtlich bestens informierter und intelligenter Mann.

Doch in einem am 7. Februar veröffentlichten Interview mit dem «Sonntagsblick» machte er falsche Aussagen zu den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. So sagte er zum Beispiel: «Aus unserer Sicht sind einige der flankierenden Massnahmen unvereinbar mit dem EU-Recht und den bilateralen Verträgen. Denn sie sind unverhältnismässig.» Und behauptete: «Selbst kleinste Firmen müssen eine Kautions von mehreren Tausend Franken überweisen, bevor sie in der Schweiz tätig werden dürfen – alleine deshalb, weil sie ausländisch sind!» Die Interviewenden hakten nicht nach und



TACHELES: Unia-Chefin Vania Alleva hat mit EU-Botschafter Petros Mavromichalis über die Flankierenden gesprochen. FOTO: UNIA

korrigierten nicht. Warum auch immer. Interveniert hat dafür Unia-Präsidentin Vania Alleva: Am 12. Februar übergab sie EU-Botschafter Petros Mavromichalis persönlich einen Brief und traf ihn zu einem Gespräch. Schriftlich und mündlich machte sie ihn auf seine Falschaussagen aufmerksam.

PROPAGANDA

Es gibt mit den flankierenden Massnahmen nämlich keine Diskriminierung ausländischer Firmen. Für Schweizer Unternehmen gelten die gleichen Verpflichtungen, die sich aus den allgemeinver-

bindlichen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) ergeben. Alleva machte Mavromichalis deutlich, dass von den Lohnschutzmassnahmen alle profitierten. Und wies ihn darauf hin, dass hinter dem Angriff auf den Schweizer Lohnschutz – neben marktradikalen Kreisen in der Schweiz – vor allem eine Gruppe stecke: die baden-württembergischen Arbeitgeberorganisationen. Diese machen sich seit Jahren bei der Europäischen Kommission für die Zerschlagung des Lohnschutzes in der Schweiz stark. Wie nichtdiskriminierend die flankierenden Massnahmen sind, zeigt eine Kennziffer beson-

ders deutlich: Heute werden rund 25 Mal mehr Arbeitnehmende aus Deutschland in die Schweiz entsandt als umgekehrt. Die administrativen Hürden in Deutschland sind für viele Schweizer Gewerbler und Handwerkerinnen schlicht zu hoch.

«KONSTRUKTIV»

Unia-Präsidentin Alleva machte dem EU-Botschafter klar, wie zentral und unverhandelbar der Lohnschutz in den flankierenden Massnahmen für die Schweizer Lohnabhängigen sei. Und sie wies ihn darauf hin, dass sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund wie auch der Europäische Gewerkschaftsbund hinter dem Schweizer System des Lohnschutzes stünden.

Vania Alleva über das Gespräch: «Es fand in einer angenehmen und konstruktiven Atmosphäre statt. Ich konnte dem Botschafter deutlich machen, dass ein Rahmenabkommen ohne eigenständigen Schweizer Lohnschutz keine Chance hat.» Man sei sich überdies einig gewesen, wie wichtig das Prinzip «gleicher Lohn am gleichen Ort» sei. Genau das habe Mavromichalis dann auch per Twitter kommuniziert.

SERGE GAILLARD: Der ehemalige Trotzist hat fast ein Jahrzehnt lang die Finanzen der Eidgenossenschaft verwaltet. FOTO: KEYSTONE



Serge Gaillard, oberster Kassenwart der Schweiz, geht und zieht Bilanz:

«Wir können gelassen mehr Schulden machen»

Pandemie-Kosten, Sparpakete und Geldpolitik: Acht Jahre lang steuerte der ehemalige SGB-Ökonom Serge Gaillard (65) die Eidgenössische Finanzverwaltung. Als letzte Amtshandlung vollbringt er eine kleine Revolution.

RALPH HUG

work: Serge Gaillard, wann hat die Schweiz die Pandemie überwunden?

Serge Gaillard: Schwierige Frage. Das Virus wird unter uns bleiben. Die Frage ist, wie rasch ein genügend grosser Teil der Bevölkerung geimpft werden kann.

Werden wirklich alle, die dies wollen, bis Ende Juni zwei Mal geimpft sein?

Das hängt stark von der Verfügbarkeit der Impfstoffe ab. Ich glaube aber, dass die anfänglichen Lieferschwierigkeiten relativ rasch überwunden werden. Vertraglich sind wir ja recht gut abgesichert. Die Entwicklung des Impfstoffs ging auch viel rascher als gedacht.

Was kostet uns die Pandemie?

Man kann davon ausgehen, dass wir letztes Jahr mehr als 30 Milliarden Franken an Einkommen verloren haben. Davon hat der Bund mit seinen rund 15 Milliarden fast die Hälfte abgedeckt, dieses Jahr dürfte ein ähnlicher Betrag dazukommen. Noch nie hat der Bund in einer Krise so rasch und beherzt versucht, die Einkommen der Bevölkerung abzusichern.

Kurzarbeit, Erwerbsersatz und Härtefallregelung haben also eine soziale Katastrophe verhindert?

Der Bund hat sehr früh die Kurzarbeit auf 18 Monate verlängert. Dies gab den Unternehmen Planungssicherheit, damit sie nicht Leute entlassen müssen. Gerade im internationalen Reiseverkehr wie bei der Swiss war das sehr wichtig. Möglicherweise stellt sich dort schon bald die Frage einer

Die Pandemie wird uns gut 60 Milliarden Franken kosten.

Verlängerung auf 24 Monate. Neu war der Erwerbsersatz für Selbstständigerwerbende. Ab Dezember wurde die Kurzarbeit für tiefe Einkommen von 80 auf 100 Prozent erhöht. Der Bund übernahm zudem 11 Milliarden zur Entlastung der Arbeitslosenversicherung, damit diese nicht auch noch eine Baustelle wird wie die AHV oder das BVG.

In vielen Fällen konnten wir auf bewährte Strukturen zurückgreifen wie die Arbeitslosen- und die Ausgleichskassen sowie das Bürgschaftswesen bei den Krediten an die Unternehmen. Langsamer war der Weg für die Entschädigung von Unternehmen mit Härtefallhilfe und Einzelfallprüfung durch die Kantone.

War die Abtretung von Kompetenzen in der Covid-Bekämpfung an die Kantone nicht ein Fehler? Viele Leute verstehen den ganzen Wirrwarr nicht.

Bei der Härtefallregelung bedaure ich schon, dass es keine nationale Lösung gibt. Wir haben das zum Jahreswechsel geprüft, aber wieder verworfen, weil wir keine parallelen Entschädigungssysteme wollten und einige Kantone schon sehr weit waren. Man muss sehen, dass das Parlament diese Regelung ursprünglich für «besonders betroffene Unternehmungen» mit Einzelfallprüfung geschaffen hatte. Ende Jahr wurde sie aber zu einem System von Beiträgen an die ungedeckten Fixkosten von Betrieben in behördlich geschlossenen Branchen ausgebaut. Die Kantone mussten des-

halb ihre Systeme zu Beginn des Jahres neu gestalten.

Warum profitieren in der Corona-Krise die Reichen und die Superreichen? Und warum müssen andere mit 80 Prozent ihres kargen Lohnes über die Runden kommen?

Die Pandemie trifft Haushalte mit tiefen Einkommen besonders stark. Für diese ist eine funktionierende Kurzarbeitsentschädigung wichtig. Die Arbeitslosigkeit wäre ohne sie viel höher. Bei den hohen Einkommen müssen wir differenzieren. Die Einkommen aus Kapital haben letztes Jahr mit Sicherheit abgenommen. Zugewonnen haben hingegen die Vermögenswerte von Aktien, Obligationen und Immobilien. Das ist auf die tiefen Zinsen zurückzuführen. Es handelt sich lediglich um Buchgewinne und nicht um höhere Einkommen. Wenn die Zinsen steigen, löst sich das schnell wieder in Luft auf.

Sie bewerten die Tiefzinspolitik insgesamt positiv?

Klar! Sie stützt die Wirtschaft und die Beschäftigung. In der Schweiz ist sie zudem nötig, um die Überbewertung des Frankens zu bekämpfen. Schliesslich können auch die Staaten ihre Ausgaben leichter finanzieren. Die höheren Vermögenswerte sind ein Nebeneffekt der tiefen Zinsen.

Die Kantone bekommen für die Jahre 2020 bis 2025 gesamthaft von der Nationalbank 24 Milliarden Franken mehr an Ausschüttungen. Parallel dazu will der Bund offenbar die Härtefallgelder von 2,5 auf mindestens 10 Milliarden erhöhen. Warum sind die Kantone nicht schneller und grosszügiger?

Es gibt grosse Unterschiede unter den Kantonen. Einige sind vorangegangen und schufen selbständige Systeme für Härtefälle. Andere warteten ab. Der Kantonsanteil an den Gesamtkosten der 2,5 Milliarden Härtefallgelder liegt bei etwas mehr als 22 Prozent.

Serge Gaillard: Ein Linker hoch oben



FOTO: KEYSTONE

Serge Gaillard (65) ist Ökonom. Bekannt wurde der ehemalige Trotzist als Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds seit 1993. Im Jahr 2007 wechselte er ins Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Er wurde dort Chef der Direktion für Arbeit und leitete zahlreiche tripartite Kommissionen. 2012 wählte ihn der Bundesrat zum Chef der Eidgenössischen Finanzverwaltung, die zum Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) gehört. Damals war Eveline Widmer-Schlumpf EFD-Chefin. Danach diente Gaillard Ueli Maurer (rechts im Bild). Gaillard wohnt in Zürich. (rh)

Vermutlich läuft es bei einer Erhöhung darauf hinaus, dass die Kantone wieder nur 20 Prozent zahlen.

Ist die Schuldenbremse in der aktuellen Krise ein Hindernis, oder muss sie angepasst werden?

Dank der Schuldenbremse können wir relativ gelassen höhere Schulden zulassen. Wir haben in den letzten 15 Jahren die Schulden reduziert. Führen wir die Schuldenbremse nach der Krise unverändert weiter, wissen wir, dass die Schulden wieder langsam abnehmen werden. Dies gibt uns jetzt Spielraum. Die Verfassung erlaubt uns in ausserordentlichen Zeiten ausserordentliche Fehlbeträge. Was wir ändern müssen, ist das Finanzhaushaltsgesetz. Dort wurden 2010 schärfere Bestimmungen eingefügt, die das Parlament wohl anpassen wird.

Fortsetzung auf Seite 4

Gewerkschafter vor Gericht

YVERDON-LES-BAINS VD. Vor zwei Jahren bekam der Uhrenmacher Mickael Bédard die Kündigung, nachdem er eine Betriebskommission auf die Beine hatte stellen wollen. Jetzt beschäftigt sich das Arbeitsgericht mit dem Fall. Zusammen mit der Unia klagt Bédard wegen antigewerkschaftlicher Kündigung. Denn: Jemanden zu entlassen, weil er sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt, ist verboten. So steht es in der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die auch die Schweiz unterschrieben hat. Allerdings hält sie sich nicht daran – und landete deswegen auch schon auf der schwarzen Liste der ILO (work berichtete). Die Unia und Bédard machen jetzt Druck.

Gemischte Gefühle bei der Lonza

VISP VS. Seit Mitte Februar ist er unter Dach und Fach: der neue Gesamtarbeitsvertrag zwischen der Lonza, der Unia und der Syna. Das Resultat: 30 Franken mehr Lohn pro Monat für alle 1300 Arbeitenden in den Werk- und Produktionsstätten. Dazu individuelle Lohnerhöhun-



FOTO: KEY

Lonza-Produktionsanlage in Visp VS.

gen. Doch die Freude hält sich in Grenzen: Fast zeitgleich wurde nämlich bekannt, dass die Lonza ihre Spezialchemiesparte an zwei Finanzgesellschaften verkauft. Was das für die Mitarbeitenden bedeutet, ist unklar. Unia und Syna verlangen nun per Petition eine Garantie für die Stellen (unterschreiben unter: rebrand.ly/lonza-petition).

Städte machen Frauen sichtbar

LAUSANNE/BERN. «Mehr Sichtbarkeit!» lautete eine der Forderungen des grossen Frauenstreiks vom 14. Juni 2019. Zwei Städte machen jetzt ein Schrittlchen vorwärts: Anlässlich des 50. Jubiläums des Schweizer Frauenstimmrechts hat Lausanne den Platz vor der Kirche Saint-Laurent in die «Place du 14-Juin» umbenannt. Die Stadt Bern zog einen Tag später nach: Der Quartierplatz in der Länggasse heisst neu Barbara-Lischetti-Platz. Lischetti (1954–2003) war Juristin und engagierte Kämpferin für die Gleichstellung.

H&M-Fabrik nimmt Kündigungen zurück

KARNATAKA (IN). Riesiger Erfolg für die indischen Gewerkschaften: Nach acht Monaten haben sie die Wiedereinstellung von 1257 Arbeiterinnen und Arbeitern erkämpft. Sie hatten in der Fabrik eines H&M-Zulieferers gearbeitet, bis sie im Juni entlassen wurden. Angeblich wegen der Corona-Pandemie. Der internationale Gewerkschaftsbund Industrial ist sich hingegen sicher: Das war nur ein Vorwand. Die Arbeiterinnen und Arbeiter hatten sich nämlich gewerkschaftlich organisiert. Und waren deshalb schon vorher schikaniert worden. Nach einer nationalen und internationalen Kampagne knickte der H&M-Zulieferer nun ein. Und nahm alle Kündigungen zurück.

Turbo-Lädeler wollen noch längere Öffnungszeiten: Wofür Corona alles herhalten muss Ihre Argumente mutieren rascher als das Virus



NEIN UND NOCHMALS NEIN! Verkäuferinnen und Verkäufer wollen nicht den einzigen Tag in der Woche verlieren, an dem auch Familie und Freunde freihaben. FOTOS: UNIA

Mehrere Kantone wollen ausgerechnet im Teil-Lockdown die Ladenöffnungszeiten verlängern. Wegen der Pandemie haben sich die Deregulierer flugs neue Gründe zurechtgezimmert.

CHRISTIAN EGG

Viele Läden sind geschlossen, der Onlinehandel boomt, der Einkaufstourismus verschwindet: Im Detailhandel bleibt wegen der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie kaum ein Stein auf dem anderen. Gleich bleiben nur die Rezepte der rechten Politikerinnen und Politiker: Sie wollen längere Öffnungszeiten. Zulasten der Verkäuferinnen und Verkäufer.

Beispiel Bern: Im Corona-Sommer 2020 bewilligte die rechte Mehrheit im Kantonsparlament künftig vier Sonntagsverkäufe statt bisher zwei. Doch die Gewerkschaften ergriffen das Referendum, es kommt am 7. März zur Abstimmung.

Beispiel Zug: Eine Initiative der rechten Jungparteien fordert längere Öffnungszeiten – unter der Woche bis 20 Uhr, am Samstag bis 18 Uhr. Auch hier wird am 7. März abgestimmt.

Beispiel St. Gallen: Am Volk vorbei deklarierte der Regierungsrat das Zentrum der Kantonshauptstadt zur Tourismuszone. Deshalb müssen Verkäuferinnen und Verkäufer jeden Tag bis 20 Uhr chrampfen, auch am Samstag (work berichtete). Kürzlich haben SP, Grüne und Gewerkschaften eine Initiative dagegen eingereicht.

Beispiel Genf: Vor zwei Jahren führte der Kanton drei Sonntagsverkäufe pro Jahr ein – das wurde als «Experiment» deklariert. Die Bilanz der Unia: Es bringt den Läden nichts und belastet das Personal unnötig. Vergangene Woche entschied die Kantonsregierung: Die drei Sonntage sollen bleiben – und die Läden sollen am Samstag eine Stunde länger of-

fen haben dürfen. Die Unia kündigte an, das Gesetz zu bekämpfen.

ALS «CORONASCHUTZ»

Lange Zeit war die Konkurrenz durch den Einkaufstourismus das Hauptargument für die Deregulierung der Öffnungszeiten. Das geht zu Coronazeiten natürlich nicht mehr. Kein Problem etwa für den Zuger FDP-Politiker Rainer Leemann. Dann müssen die längeren Öffnungszeiten halt gegen den Onlinehandel helfen.

Auch in St. Gallen lässt die FDP ihre Argumente mutieren. Lange war es ein Glaubenssatz der Turbolädeler, dass längere Öffnungszeiten mehr Kundinnen und Kunden in die Läden bringen. Jetzt gilt plötzlich das Gegenteil: länger offene Läden hätten «eine tiefere Kundenkonzentration zu Folge». Das sei «epidemiologisch sinnvoll».

FÜR DEN «UMWELTSCHUTZ»

Das grosse Vorbild der Deregulierer ist der Kanton Zürich. Unter der Woche dürfen dort Läden von 6 bis 23 Uhr offen haben. Doch der FDP-Regierungsrätin Carmen Walker Späh reicht sogar das noch nicht. Sie fordert «mindestens acht» zusätzliche Sonntagsverkäufe. Und zeigte sich als

Plötzlich sollen die Öffnungszeiten für weniger Leute im Laden sorgen.

wahre Meisterin der Argumentationsmutation: «Das hat auch einen Umweltaspekt. Die Lager mit den Frühjahrskollektionen sind voll und sollen nicht entsorgt werden müssen.»

Ganz ohne Politik und Gesetze machte es in Zürich dagegen der Flughafen. Und öffnete seinen neuen Shoppingtempel «The Circle» einfach mal an den Sonntagen. Ohne Bewilligung. Und obwohl er offensichtlich nicht den Reisenden dient. Lorenz Keller von der Unia Zürich-Schaffhausen: «Sollte ein Fluggast, der in Zürich abfliegt oder landet, dort einkaufen wollen, muss er oder sie das Flughafengebäude verlassen und einen grossen Platz überqueren.» Jetzt erhebt die Unia Einsprache gegen die Sonntagsverkäufe.

VERKÄUFERIN JASMIN MOSER:

«Es verhungert niemand, wenn am Sonntag die Läden zu sind!»



FOTO: UNIA

«Von uns Verkäuferinnen wird schon jetzt viel Flexibilität verlangt. Wir müssen ja in der Regel am Samstag

arbeiten. Der Sonntag ist der einzige freie Tag, an dem unsere Familien und Freunde auch freihaben. Wenn es jetzt noch mehr Sonntagsverkäufe gäbe, würde sich das noch verschlimmern.

UNBELIEBT. Es verhungert niemand, wenn am Sonntag die Läden zu sind! Und sowieso gibt es schon genügend Ausnahmen. Etwa unseren Coop in Interlaken, weil das ein Tourismusort ist.

Klar, es gibt einen Lohnzuschlag, wenn ich am Sonntag arbeiten muss. Aber es stimmt nicht, dass die Sonntagsarbeit bei uns deswegen beliebt ist. Wir hätten viel lieber frei!»

Jasmin Moser ist Coop-Verkäuferin in Interlaken BE und Unia-Mitglied.

«Wir können gelassen mehr Schulden machen» Fortsetzung von Seite 3

Ist es richtig, wenn jetzt die Kantone auf die SpARBremse treten?

Die erhöhte Gewinnausschüttung der SNB sollte die Haushalte der Kantone so stabilisieren helfen, dass sich Sparpakete vermeiden lassen. Auch beim Bund sehen die Finanzpläne recht gut aus, wenn wir von der Corona-Schuld absehen. Gründe sind neben den zusätzlichen SNB-Geldern auch der Verzicht auf die Reform der Ehepaarbesteuerung (jährlich eine Milliarde) und die Tatsache, dass Zölle nicht abgeschafft wurden (eine halbe Milliarde).

Sie haben die neue Vereinbarung des Bundes mit der Nationalbank mitgestaltet. Was halten Sie eigentlich von einer SNB, die ein Polster von 100 Milliarden hat, aber nur gerade 6 Milliarden pro Jahr herausrücken will? Das ist doch lächerlich wenig.

100 Milliarden sind die Reserven der SNB, und sie sind tatsächlich üppig. Sie dienen aber nicht nur der Verstärkung der Gewinnausschüttung, sondern auch als Wertschwankungsreserve. Ein Einbruch der Aktienkurse um 20 Prozent würde die Reserve um 40 Milliarden verringern. Das Gewinnpotential der Nationalbank wird in den nächsten Jahren vor-

sichtig geschätzt etwa 5 bis 10 Milliarden Franken betragen. Der Betrag ist aber sehr abhängig von der Wechselkursentwicklung. Daher sind die 6 Milliarden, die jetzt

100 Milliarden sind die Reserven der SNB, sie sind tatsächlich üppig.

pro Jahr an Bund und Kantone ausgeschüttet werden, meiner Ansicht nach nicht gefährdet und sind eine gute Zahl.

Die Nationalbank hat durch Gelddrucken ein riesiges Vermögen angehäuft. Warum legen wir dieses Geld nicht

in einen Staatsfonds, etwa um die AHV-Leistungen zu garantieren und die Krankenkassenprämien auf 10 Prozent zu stabilisieren?

Ob das Geld von der Nationalbank oder von einem Fonds verwaltet wird, spielt für die Rendite keine Rolle. Die Anlagen dienen aber der Geldpolitik. Die Nationalbank muss jederzeit über sie verfügen können. Das schränkt die Anlagemöglichkeiten ein. Über die Verwendung des Gewinns entscheidet die Politik. So wird das Parlament dieses Jahr beschliessen, wofür die 670 Millionen verwendet werden, die jetzt der Bund pro Jahr mehr von der SNB erhält.



GAILLARD GEHT IN PENSION: «Ich werde mir jetzt in Ruhe überlegen, wie es weitergeht.» FOTO: KEYSTONE

Könnte das Geld auch für die AHV verwendet werden?

Das Parlament könnte für die AHV eine Zweckbindung machen. Dann müsste die Mehrwertsteuer etwas weniger erhöht werden. Dafür stünde das Geld nicht für andere Aufgaben des Bundes zur Verfügung. Immerhin wurde der Bundesanteil an die AHV mit der Steuervorlage schon deutlich erhöht.

Sie haben letztes Jahr über das Rettungspaket für die Swiss von 1,5 Milliarden Franken verhandelt. Fühlen Sie sich nicht «abschisse», wenn die Swiss jetzt Jobs abbaut und erst noch den Piloten den GAV kündigt?

Die Swiss ist verpflichtet, sozialpartnerschaftliche Lösungen zu suchen. Und die Verhandlungen über den Piloten-GAV sind auch noch nicht abgeschlossen. Aber sie finden in einer ganz schwierigen Lage statt. Die Zahl der Flugbewegungen ist auf einen Zehntel gesunken, und niemand rechnet damit, dass das alte Niveau der Flüge wieder vor Ende 2024 erreicht wird. Immerhin konnten wir dank dem Hilfskredit und der Ausweitung der Kurzarbeit der Airline helfen, die schwierigen Zeiten zu überbrücken.

Vor zwei Jahren haben Sie die Idee einer «Gesundheits-

kostenbremse» bekannt gemacht. Für das Gesundheitswesen soll es ein Gesamtbudget geben, das jährlich ausgehandelt wird. Ist diese Idee schon wieder versandet?

Nein, im Moment ist eine entsprechende Vorlage in der Vernehmlassung. Selbstverständlich sind die Anbieter im Gesundheitswesen nicht erbaut, wenn sie unter Budgetrestriktionen arbeiten müssten. Wir müssen aber im Gesundheitswesen zwei Probleme lösen: Familien dürfen nicht zu stark belastet werden. Und die Kosten können sich nicht alle 18 Jahre

Ich bedaure, dass es bei der Härtefallregelung keine nationale Lösung gibt.

verdoppeln. Da kommen wir um eine politische Entscheidung nicht herum, welche Mittel wir künftig für das Gesundheitswesen aufwenden wollen.

Sie sind jetzt pensioniert, ein halbes Jahr später als geplant. Wird man in Zukunft noch von Ihnen hören?

Ich hatte letztes Jahr keine Zeit, mich auf die Zeit nach der Finanzverwaltung vorzubereiten. Ich werde mir jetzt in Ruhe überlegen, wie es weitergeht.

Neuenburg: Johnson & Johnson lagert Produktion aus Impfstoff-Milliarden und Wildwest-Methoden



HOFFNUNGSSPRITZE: Johnson & Johnson stellt einen weltweit heissbegehrten Impfstoff her. Auf den US-Pharmakonzern wartet ein Milliardengeschäft. FOTO: GETTY

Der US-Pharmamulti Johnson & Johnson will im Kanton Neuenburg 320 Stellen streichen. Ganz ohne Sozialplan! Ausgerechnet jetzt, wo der Bund mit dem Konzern über Impfstoffdosen verhandelt.

CHRISTIAN EGG

Er ist der grosse Hoffnungsträger gegen Corona: der Impfstoff von Johnson & Johnson. Er ist günstig und soll vor einem schweren Krankheitsverlauf schützen. Noch ist er nirgends zugelassen, doch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) verhandelt derzeit mit dem US-Pharmamulti über den Kauf von Impfdosen (siehe Artikel unten). Und just jetzt verkündet Johnson & Johnson in Neuenburg, dass die Produktion nach Mexiko und Puerto Rico ausgelagert werden soll. Das teilen die Chefs den geschockten Arbeiterinnen und Arbeitern Ende Januar mit: 320 Fixstellen plus 70 temporäre sollen verschwinden!

DAS GUTE GESCHÄFT

Industriearbeiterin Yvette Durand* kann es immer noch nicht fassen: «Viele von uns sind seit dem Anfang dabei», sagt sie. Das heisst seit 20 Jahren. Damals eröffnete der US-Konzern

Johnson & Johnson, eines der grössten Pharmaunternehmen der Welt, eine neue Fabrik in Neuenburg. Und lässt dort seither chirurgische Nadeln und Wundverschlüsse herstellen.

Was jetzt viele im Betrieb frustriert: Sie wissen bis heute nicht, warum der Konzern sie auf die Strasse stellen will. Sara Fusco*, Schichtarbeiterin in der Produktion, sagt gegenüber work: «An der Mitarbeiterinformation fragte jemand nach dem Grund der Verlagerung. Die Chefs beantworteten die Frage nicht.» Gegen-

«Das BAG soll sich in den Verhandlungen dafür einsetzen, dass unsere Stellen erhalten bleiben!»

YVETTE DURAND, INDUSTRIEARBEITERIN

über work schreibt der Firmensprecher, Ziel der Verlagerung sei es, «Innovationen zu beschleunigen, die Agilität zu verbessern und die Bedürfnisse der Kunden besser zu antizipieren und zu erfüllen.» Reiner Verwedel-Nonsens.

Kein Wunder: Denn die Fabrik läuft «wie am Schnürchen». Das berichten mehrere Mitarbeitende gegenüber work. Fusco erklärt nicht ohne Stolz: «Bei den regelmässigen Qualitätskontrollen haben wir immer gut abgeschnitten.» Dass es Johnson & Johnson gutgeht, zeigen auch die Zahlen: 2020 machte der Multi einen Jahresgewinn von 14,7 Milliarden Dollar. Für CEO Alex Gorsky (Ent-

schädigung 2019: 25,4 Millionen Dollar) ein «bemerkenswertes Ergebnis». Und jetzt lockt ein Milliardengeschäft mit dem Corona-Impfstoff. Mitarbeiterin Yvette Durand findet das Ganze «einfach nur widerlich». Und fordert: «Das BAG soll sich in den Verhandlungen dafür einsetzen, dass unsere Stellen erhalten bleiben!»

DIE DROHUNG

Doch die Chefetage bleibt knallhart: sie weigert sich sogar, einen Sozialplan zu verhandeln. Obwohl sie laut Obligationenrecht dazu verpflichtet wäre. Johnson & Johnson will nur individuelle Entschädigungen auszahlen. Und nur an die Festangestellten – die Temporären sollen leer ausgehen. Mitarbeitende berichten, dass die ersten Angebote mickrig gewesen seien, worauf die Firma die Beträge verdoppelte. Aber alles bleibt vage. Arbeiterin Fusco: «Es gibt nichts Schriftliches.»

Verhandlungen mit der Unia lehnt die Firmenleitung ebenfalls ab. Und die Zahlungen gebe es nur, wenn die Unia aus dem Spiel bleibe. Mitarbeiterin Durand: «Uns wurde deutlich gesagt: Wenn Ihr die Gewerkschaft ins Haus holt, fangen wir wieder bei null an.» Silvia Locatelli, Leiterin der Unia Neuenburg, ist verärgert: «Das sind Wildwestmethoden. Ein klarer Versuch, die Leute einzuschüchtern.»

DIE STEUERRABATTE

Auch dem Kanton Neuenburg hat Johnson & Johnson eine Abfuhr er-

Neuer GAV: Bei Cilag geht es auch anders!

In Neuenburg verweigert Johnson & Johnson Verhandlungen mit der Unia. Dass es auch anders geht, zeigt der gleiche Konzern in Schaffhausen: Dort hat er für seine Tochterfirma Cilag soeben einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abgeschlossen. Und darin Hand geboten zu einer Erhöhung der Mindestlöhne um 300 Franken pro Monat. Auch die Schichtzulagen steigen wieder, erstmals seit fast zwanzig Jahren: um bis zu 150 Franken pro Monat.

FREUDE HERRSCHT. Florian Keller von der Unia Zürich-Schaffhausen freut's, denn bei der Cilag gibt es traditionell sehr viele und gut organisierte Unia-Mitglieder. Keller: «Sie haben sich gegen Verschlechterungen gewehrt und diesen guten GAV erkämpft.» (che)

teilt. Der hatte vorgeschlagen, die Firma solle sich unter seiner Schirmherrschaft mit der Unia treffen. Der zuständige Regierungsrat Jean-Nathanaël Karakash (SP) zeigt sich enttäuscht. Er schreibt work: «Wir bedauern diese Haltung des Unternehmens zutiefst.»

Mehr noch: Johnson & Johnson profitierte in Neuenburg jahrelang von Steuerrabatten: Mit dem Argument, dass sie Arbeitsplätze schaffe. Jetzt zerstört sie diese wieder. Die Steuergeschenke zahlt sie aber nicht zurück. Trotz den schönen Worten auf der Firmenwebsite. In einem Beitrag über das «soziale Engagement» des Konzerns heisst es dort wörtlich: «Etwas zurückzugeben ist für uns eine Berufung.»



Die Briefträgerin & die Chefsache

Minus sechs Grad und alle Restaurants geschlossen. Es ist bald acht, die Briefträgerin nimmt ihr Sandwich und den Kaffeebecher und geht in den Pausenraum. Die meisten Kolleginnen und Kollegen sind schon draussen.



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Kürzlich am frühmorgentlichen Briefing (hat nichts mit Brief oder Briefträgerin zu tun, sondern bedeutet neudeutsch «Einsatzbesprechung») informierte der Teamchef darüber, dass die Beachtung der Pausenvorschriften zur Chefsache erklärt worden sei. Da trotz wie-

Die Viertelstunde am Morgen war ihr immer schon heilig!

derholten Mahnungen viel zu oft die Pausen nicht eingehalten würden. Zweimal Pause verpasst pro Monat – nach Auskunft des Scanners – heisst neu: Antraben im Chefbüro! – Eigentlich unglaublich...

GESUNDHEIT. Die Mindestdauer der Pausen ist im Arbeitsgesetz geregelt. Die ersten Arbeitsgesetze entstanden als Folge der Forderungen und Aktionen der Arbeiter und Arbeiterinnen im 19. Jahrhundert. Sie hatten die Arbeitssicherheit und den Schutz der Gesundheit der Arbeitenden zum Zweck. Das ist auch heute noch so. Bei der Post ist die vorgeschriebene Viertelstunde Pause bei mehr als dreieinhalbstündiger Arbeitszeit bezahlt. Die Mittagspause nicht.

Eine Kollegin gestand im Gespräch, dass sie, gerade in Hochdruckzeiten, nicht selten auf die Pausen verzichte. Obwohl das ja aus gesundheitlicher Sicht wirklich nicht schlau sei. Die Briefträgerin trickste selber schon hin und wieder, wenn sie lieber früher nach Hause ging, als dass sie Mittagspause gemacht hätte. Aber das ist passé, und die Viertelstunde am Morgen war ihr immer schon heilig!

RAUCHEN? «Was verspricht ihr euch im Kampf um Arbeitsrechte von Leuten, die diese Rechte anscheinend gar nicht wollen?» fragte die Briefträgerin kürzlich einen Gewerkschafter. Er antwortete, dass diese Frage ihn seit dem Beginn seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit begleite...

Während des obenerwähnten Briefings rief der Spassmacher der Truppe aus: «Ihr müsst nur mit Rauchen anfangen, dann kommt ihr mit Sicherheit auf genug Pausen!»

Impfstoff: Der Bund verhandelt und schweigt



LICHTBLICK: Das Johnson-&Johnson-Vakzin ist einfach in der Herstellung und braucht kein Tiefkühlen. FOTO: KEYSTONE

Der Impfstoff von Johnson & Johnson ist schon vor der Zulassung heiss begehrt: Denn er ist einfach in der Herstellung und braucht kein Tiefkühlen. Die USA haben bereits den Kauf von 100 Millionen Dosen zugesagt. Kostenpunkt: 1 Milliarde Dollar. Die EU hat sich sogar bis zu 400 Millionen Dosen gesichert. Und auch die Schweiz verhandelt.

Wie viele Impfdosen der Bund kaufen möchte und was sie kosten werden, ist nicht bekannt.

ALLES UNKLAR. Es werden schätzungsweise Schweizer Steuergelder in zweistelliger Millionenhöhe an Johnson & Johnson fliessen. Just an den Konzern, der derzeit in Neuenburg Hunderte Stellen abbauen will (siehe Arti-

kel oben). Kein Wunder, werden jetzt Stimmen laut, die fordern, dass der Bund sich bei den Verhandlungen für den Erhalt dieser Stellen einsetzen soll. Ob er das tut, sagt er nicht. Das Bundesamt für Gesundheit schreibt auf Anfrage, zu laufenden Verhandlungen äussere man sich «aus verhandlungstaktischen Gründen» nicht. (che)

Italien Super-Marios Wundertüte

Sie nennen ihn Super-Mario: Der ehemalige Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, soll jetzt Italien aus der Patsche helfen. Denn die bisherige Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte, getragen von der Linken und der Fünf-Sterne-Partei von Peppe Grillo, ist nicht mehr. Sie brachte keinen überzeugenden Plan zustande für die



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Verwendung der 209 Milliarden EU-Hilfsgelder für den Wiederaufschwung nach Corona. Aus Hunderten von Vorschlägen aus allen Ministerien bastelte Conte zwar ein Paket, das aber niemanden befriedigte. Am Schluss wurde er Opfer von parlamentarischen Machtspielen. Jetzt soll es Super-Mario als neuer Ministerpräsident richten.

ALLE WOLLEN MITMACHEN. Als Draghi für das Amt antrat, wollten plötzlich alle Parteien in seiner Regierung mit dabei sein. Sie denken, seine Regierung werde bestimmt populär sein. Noch mehr interessieren sie allerdings die 209 Milliarden Euro Hilfsgelder – und ihre Verteilung. Der scharfe Rechtsausen-Hund Matteo Salvini von der Lega gibt sich plötzlich als gemässigter Pudel, denn seine

Die Flitter- wochen der neuen Koalition halten wohl nicht lange.

Sponsoren, die Unternehmer in Norditalien, wollen von den Milliarden-Subventionen profitieren. Und Silvio Berlusconi sieht seine letzte Chance zur Wiederauferstehung und schmeichelt sich bei Draghi ein – selbstverständlich in Erwartung von Gegenleistungen. Die Linken und die Fünf-Sterne-Partei wollen ihrerseits in der Regierung bleiben und mitbestimmen. Nur die Postfaschistin Giorgia Meloni nutzt die Gelegenheit, sich als Opposition weiter zu profilieren.

GUTER HOFFUNG. Draghis Regierung ist eine wahre Wundertüte: Viele bunte Smarties – auch vergiftete – stecken da drin: konsequente Linke, «unpolitische» Expertinnen und Experten, stramme Rechte. Trotzdem sind im Moment fast alle guter Hoffnung. Auch die Gewerkschaften – sie wurden von Mario Draghi freundlich konsultiert und bekamen einen linken Arbeitsminister.

Die Flitterwochen der grossen Koalition dürften aber nicht lange dauern. Draghi füllte seine Wundertüte, ohne ein verbindliches Programm zu formulieren. Ob so eine kompakte Regierung und ein gutes Paket für die 209 Milliarden entstehen kann? Und ob die gesprochenen Gelder dann auch in nützlicher Frist und zum geplanten Zweck eingesetzt werden können? Zweifel sind angebracht.



Weiterbilden im Gastgewerbe

Das Gastgewerbe steht still. Nutze die Zeit und bilde dich weiter. Dank dem L-GAV fast gratis und bis am 31. August 2021 mit zusätzlichen Subventionen. Schau dir deine Möglichkeiten an.
www.weiterbildung-inklusive.ch

Massenentlassungen in Oberentfelden AG und Baden AG. Aber: 140 Stellen bei GE gerettet

Der Energieriese GE vernichtet 500 Stellen. Nur der Einsatz von Gewerkschaft und Personalkommission konnte noch Schlimmeres verhindern.

JOHANNES SUPE

General Electric (GE) macht seine Drohungen wahr: Wieder baut der US-Energiekonzern Hunderte Arbeitsplätze in der Schweiz ab. Etwa 440 Stellen sollen in Oberentfelden AG verschwinden, weitere 60 in Baden AG. Angekündigt hatte das Management die Vorhaben bereits im vergangenen Jahr (work berichtete). Aber erst am 8. Februar, dem Ende des Konsultationsverfahrens, steht der genaue Umfang des Kahlschlags fest.

Tatsächlich hätte es noch schlimmer kommen können! Manuel Wyss, stellvertretender Leiter des Sektors Industrie der Unia, erinnert sich an das monatelange Ringen mit GE: «Es gab Versammlungen der Angestellten in der Arbeitszeit, teils physisch, teils digital. Es gab eine gemeinsame Pro-

«Die Kolleginnen und Kollegen hätten schon vor Jahren umgeschult werden können.»

MANUEL WYSS, UNIA-INDUSTRIE

testaktion von 300 Kolleginnen und Kollegen. Und die Personalkommission hat mit grossem Einsatz über Monate verhandelt. Es wurde wirklich um jeden einzelnen Arbeitsplatz gekämpft.» So gelingt es Belegschaft und Gewerkschaft, rund 120 Stellen in Oberentfelden zu verteidigen, zudem 20 weitere in Baden. Jene, die sich nun eine neue Stelle suchen müssen, werden zudem mit einem weitreichenden Sozialplan unterstützt.

VERPASSTE CHANCE

Klar ist aber auch: Erneut wird die industrielle Substanz der Schweiz angegriffen, ein weiteres Mal geht wichtiges Know-how verloren. So soll in Oberentfelden künftig nur



GE-PROTESTVERSAMMLUNG: Die GE-Mitarbeitenden haben gemeinsam mit der Unia um jeden einzelnen Arbeitsplatz gekämpft. Mit Aktionen und monatelangen Verhandlungen. FOTO: UNIA

noch geforscht werden, den gesamten Bereich der Produktion will GE stilllegen. «Kurzsichtig» nennt Unia-Mann Wyss dieses Vorgehen. «Forschung, Entwicklung, Produktion und Serviceleistungen gehören zusammen. Werden sie getrennt, gehen Synergien verloren», so Wyss. Und die Schweiz verliere gerade jenes Fachwissen, das nötig sei, um die Energiewende zu schaffen.

MANAGEMENT-VERSAGEN

Dabei könnte gerade Oberentfelden einen bedeutenden Teil zu einem erfolgreichen ökologischen Wandel beitragen. Hier werden hochmoderne gasisolierte Schaltanlagen entwickelt, die deutlich effizienter sind als bisherige Produkte. Doch der US-Konzern lasse eine langfristige Strategie vermissen, sagt Wyss. Auf absehbare Entwicklungen reagiere GE erst erschreckend spät. Ausbaden müssen es die Beschäftigten. So rechtfertigt General Electric einen Teil des Abbaus mit einem Rückzug aus der Kohlekraft. «Die Kolleginnen und Kollegen hätten schon vor Jahren umgeschult werden können», er-

klärt Unia-Mann Wyss. Wie aber können derart krasse Managementfehler geschehen? Das jüngst erschienene Buch «Hot Seat» des früheren GE-Chefs Jeff Immelt enthüllt eine erschreckende Betriebskultur im Konzern. Führungskräfte, die sich gegenseitig Unfähigkeit vorwerfen; Emporkömmlinge, die ihre bisherigen Vorgesetzten durch Intrigen abzusagen versuchen; Entscheidungsträger, die von ihnen forcierte Strategien rasch wieder verwerfen. Deutlich wird aus den Schilderungen: GE hatte nie ein tragfähiges Konzept, um die 2015 erworbene Energiesparte von Alstom aufzupäppeln. Entsprechend folgten sechs Massenentlassungen in fünf Jahren.

Nur: Der Bundesrat liess den Konzern gewähren. Als GE 2015 in die Schweiz kam, hat sich der damalige Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann mit vagen Zusagen abspesen lassen. Auflagen machte man dem US-Riesen nicht, obwohl er mehr als 5000 Beschäftigte in der Schweiz übernahm. Aktiver wurde später der

Aargauer Regierungsrat. So auch jetzt: Am 8. Februar teilte die Kantonsregierung mit, dass man den abermaligen Kahlschlag bedaure und versuchen werde, den Betroffenen zu helfen.

FEHLENDE INDUSTRIEPOLITIK

Auf Nachfrage von work muss der Regierungsrat aber auch eingestehen: Viele Möglichkeiten haben die Kantone nicht, um zu intervenieren. «Aus gesetzlichen Gründen kann der Staat keine konkreten Unterstützungsleistungen zum Beispiel in Form von Geld erbringen», so das zuständige Departement. Instrumente, um Konzerne zu zähmen und die Arbeiterschaft zu schützen, fehlen der Schweiz also weitgehend. Für Unia-Mann Manuel Wyss ist das ein verheerender Fehler. «Geschichten wie die von GE werden sich so lange wiederholen, bis die Schweiz endlich eine wirkliche Industriepolitik betreibt», ist sich der Gewerkschafter sicher. Er wird recht behalten: Ein weiterer Stellenabbau, dieses Mal soll es 83 Stellen treffen, steht bei GE noch aus.

Kein Gesamtarbeitsvertrag, weniger Lohn, keine Frühpensionierung: Basler Plattenlegermeister mauern

Nach der Kündigung des Basler GAV durch die Patrons organisiert die Unia jetzt einen Protesttag.

MICHAEL STÖTZEL

Seit Anfang dieser Woche verteilt die Basler Unia Plakate und Flyer zum Krach mit dem kantonalen Verband der Plattenleger. Die Patrons werden erneut zu Verhandlungen aufgefordert, zugleich aber auch ihre 240 Beschäftigten zum Aktionstag am 24. März aufgerufen. Denn es geht um ihren Lohn. Auf Ende März haben die Patrons nämlich den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) gekündigt

«Die Meister wollen mal ausprobieren, wie weit sie gehen können.»

PLATTENLEGER PIRMIN ZAUGG

(work berichtete). Sie verlangen die Senkung der Mindestlöhne um 10 Prozent, das sind bis zu 540 Franken. Kommt hinzu, dass der bisherige GAV den Anschluss der Basler an den Vertrag zur vorzeitigen Pensionierung im Westschweizer Ausbau-



KNOCHENJOB: Jetzt will der Basler Verband der Plattenleger auch noch die Mindestlöhne um 10 Prozent senken. FOTO: KEYSTONE

gewerbe (Resor) festschreibt. René Saner vom städtischen Gewerbeverband erklärt: «Mit den gekürzten Mindestlöhnen würden die Beschäftigten in Basel das gleiche verdienen wie in der übrigen Deutschschweiz. Nur so könnten die Firmen gegenüber der Konkurrenz aus den Nachbarkantonen bestehen.» Unia-Sprecher Manuel Kämpfeler erwidert: «Das ist kein stichhaltiges Argument!» Denn alle in den beiden Basel arbeitenden Firmen seien verpflichtet, die

dortigen besseren Löhne zu zahlen. Intensiver zu kontrollieren, das hatte die Unia mehrfach gefordert. Zuletzt am 8. Februar in einem Brief an die Patrons. Er blieb unbeantwortet.

HINTERGEDANKEN. Dafür redet Michael Mitulla, Chef des Plattenlegergeschäfts MPZ AG, der selbst nicht dem Plattenverband angehört. Es gebe nicht nur zu wenige Kontrollen, sie seien auch nicht effektiv genug, sagt er. Unia-Sprecher

Kämpfeler widerspricht: Die Kontrolleure seien erfahren genug, um Betrugsversuche erkennen zu können. Und bislang hätten sie keine höhere Verstossquote bei auswärtigen Firmen registriert.

Verbandspräsidentin Daniela Bernardi argumentiert gegenüber work, die Branche müsse sich auf schlechtere Zeiten vorbereiten. Sobald die Zinsen wieder anwachsen, sei der Bauboom vorbei. Chris Kelley von der Sektorleitung des Baus bei der Unia sagt, das höre er seit Jahren. «Klar, irgendwann werden die Zinsen wieder steigen, irgendwann scheint auch die Sonne nicht mehr. Aber zurzeit weisen alle Baudaten noch steil nach oben, und die Auftragsbücher sind voll.»

Pirmin Zaugg*, der seit mehr als drei Jahrzehnten Platten verlegt, vermutet eher, dass die Patrons mal ausprobieren wollen, wie weit sie gehen können: «Erst wollen sie eine Zeitlang vertragslos fahren, dann werden sie einen neuen Vertrag unter ihren Bedingungen anbieten.»

* Name geändert



«IN DER SCHWEIZ ZEIGT MAN GESICHT»: Das ist in Coronazeiten nur noch ein ungewollt lustiges Argument für das Burka-Verbot. Schüler der Kantonschule Wiedikon in Zürich.

FOTO: KEYSTONE

Abstimmung: Digitaler Pass, Burka-Verbot und Palmöl-Handel

3 Mal Nein am 7. März!

work-Autor Clemens Studer erklärt, warum.

«Burka-Initiative»: Angriff auch auf gewerkschaftliche Rechte

Die Initianten behaupten, es gehe bei ihrer Initiative um ein «Burka-Verbot». Also ein Verbot, einen Gesichtsschleier (Niqab usw.) zu tragen. Doch das ist bloss ein Vorwand. Denn in der Schweiz leben nach wissenschaftlichen Untersuchungen höchstens drei Dutzend Muslimas verschleiert. Viel grössere Auswirkungen hätte die Initiative auf das politische Leben. Besonders absurd ist das Argument des Pro-Komitees, «in der Schweiz zeigt man Gesicht». In Zeiten von Corona und obligatorischem Maskentragen wirkt das nur noch ungewollt lustig.

WER STECKT DAHINTER?

Das Egerkinger Komitee. Eine SVP-Truppe, ergänzt mit einem Stündeler von der EDU. Im Vorstand lauter Männer. Männer, die sich jetzt als Retter der muslimischen Frau aufspielen. Noch eine Absurdität. Denn ihre Parteien stellten und stellen sich regelmässig gegen die Gleichberechtigung der Frau: etwa, wenn es darum geht, dass Frauen selbständig Bankkonten eröffnen können oder dass Vergewaltigung in der Ehe strafbar wird. Benannt hat sich der Männerclub nach einem

Ort im Mittelland, wo die Eingeborenen es auch im Jahr 2021 noch «lustig» finden, ihr Dorf während der Fasnachtszeit «Negerkingen» zu nennen. Unterstützt wird die Initiative von der SVP, von Rechtskatholikinnen und Rechtskatholiken aus Der Mitte (Ex-CVP), evangelikalen Sekten und einer halben Handvoll lautstarker «Reform-Muslimas».

WEN BETRIFFT ES?

In erster Linie die 30 Muslimas, die sich in der Schweiz verschleiern. Und dann Demonstrierende, die sich kostümieren. Hier hätten dann die lokalen Polizeikorps jederzeit Gründe, auch friedliche Manifestationen aufzuhalten. Und Lohnabhängige, die sich gegen Missstände in ihren Unternehmen wehren und bei Aktionen vor den Firmmentoren nicht zwingend erkannt werden möchten, weil sie um ihren Job fürchten. Probleme bekämen auch die stramm rechten Orte wie Interlaken oder Luzern, wo sich Touristinnen und Touristen von der Arabischen Halbinsel beim lokalen Gewerbe in den Sommerwochen mit Luxusartikeln eindecken.

WAS GESCHIEHT BEI EINEM JA?

30 muslimischen Frauen in der Schweiz wird von rechten Männern eine Kleidervorschrift aufgezwungen. Demonstrationen werden je nach politischer Verfasstheit der Einsatzleitenden aufgelöst, wenn sich einige Teilnehmende verkleiden. Kleiner Scherz am Rande: die SVP dürfte nach Wortlaut des Initiativtextes auch ihre «Sünneli»-Plüschkostümierten nicht mehr auf die Weltgeschichte loslassen. Theoretisch zumindest.

WIE SIND DIE CHANCEN?

Wie die Umfragen zeigen, leider gut. Eine Initiative braucht sowohl die Mehrheit der Kantone wie auch die des Volkes. Weil die Stimme der hochsubventionierten Appenzeller Bauern 40mal mehr zählt als jene einer Zürcher Gipserin, kann das Land die urbanen Gebiete überstimmen. Das haben wir bei der Konzernverantwortungsinitiative gesehen. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass in den tendenziell fortschrittlichen urbanen Gebieten möglichst viele Nein-Stimmen zusammenkommen.

Ein Pass vom «Blick»? Lieber nicht!



Es ist ein Tabubruch für die Schweiz. Konkret: die Identitätskarte und der Pass waren bisher als Ausweispapiere Staatsaufgabe, was selbst

die frühen neoliberalen Staatszerschläger nicht bestritten. Doch das soll in der Schweiz jetzt anders werden: Private Konzerne sollen für digitale Identitätsausweise zuständig sein – und dafür abkassieren. Nicht zwingend Geld, dafür Daten. Das ist faktisch der grösste geplante Privatisierungsraubzug der letzten Jahre.

BLICK-PROPAGANDA. Wen wundert's also, dass neben Banken und Versicherungen auch die Medienkonzerne für das sogenannte E-ID-Gesetz sind. Allen voran Ringier («Blick»-Gruppe). Die Schweizer Medienkonzerne verdienen das Geld für ihre Besitzenden schon längst nicht mehr mit echtem Journalismus, sondern mit Kleinanzeigenportalen im Internet und dem sogenannten Ausspielen von personalisierter Werbung an die Nutzerinnen und Nutzer ihrer Websites. Welch ein Schatz, den es da zu heben gäbe, wenn man auch noch die persönlichsten Daten der Userinnen und User in die Hand bekäme. Wer kauft was wo ein? Wer schaut sich welches Produkt an?

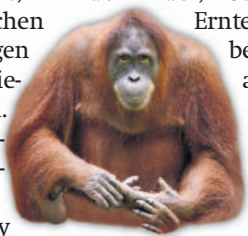
Und – irgendwann in naher Zukunft: Wer stimmt wie ab und wählt welche Partei? Denn auch für E-Voting soll die E-ID nötig sein. Ein Ja am 7. März ist für die privaten Konzerne Milliarden wert. Darum fährt die Schweizer Verlags-, Versicherungs-, IT- und Bankenbranche eine massive Pro-Kampagne. Auch mit Propagandaartikeln auf blick.ch, die als Polit-Berichterstattung getarnt sind. Sie sind unterdessen ein Fall für den Presserat, also für jene Instanz, die die Einhaltung der Rechte und Pflichten im Journalismus überprüfen kann.

LEERE VERSPRECHEN. Selbstverständlich versprechen die E-ID-Befürwortenden, dass der Datenschutz gewährleistet sei und es keine Verknüpfung der Daten mit anderen Interessen gebe. Doch diese Versprechen kennen wir ja aktuell gerade von Facebook-Chef Mark Zuckerberg. Bei der Übernahme des Messenger-Dienstes Whatsapp versprach Facebook, auf keinen Fall die Profile zu verbinden. Jetzt tut es der US-Konzern trotzdem.

Ausweispapiere sind eine staatliche Aufgabe. Diese gehören von staatlichen Stellen ausgeführt. Sie können von den Bürgerinnen und Bürgern immerhin politisch kontrolliert werden. Mal mehr, mal weniger. Und das ist immer noch hundert Mal besser, als sich die «Ausweispapiere» beim «Blick» oder bei «20 Minuten» bestellen zu müssen.

Freihandel: Palmöl-Skandal

Aufindonesischen Palmölplantagen internationaler Multis, darunter Nestlé, Colgate-Palmolive und Unilever, kommt es zu Zwangsarbeit, Kinderarbeit, gefährlichen Arbeitsbedingungen und Diskriminierung von Frauen. Das zeigt ein Report der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Trotzdem wollen Bundesrat, rechte Parlamentsmehrheit und ein paar SP-Mitglieder Ja sagen zum Freihandelsabkommen mit



diesem Land. Die Folge eines Ja: noch mehr billiges Palmöl und noch mehr tote Tiere wegen brandgerodeter Regenwälder, noch mehr ausgebeutete Erntearbeiterinnen und -arbeiter. Daran ändert auch das von «linken» Befürwortern des Freihandelsabkommens angeführte RSPO-Zertifikat nichts. (RSPO steht für: «Roundtable of Sustainable Palm Oil»). Denn dieses kontrollieren die Multis selber: Haie bestätigen Haien, dass sie keine Haie seien.

ZÜRCHER ABSTIMMUNG: NATIONALITÄTEN-NENNUNG FEHR SPIELT MIT DEM FEUER

Im Kanton Zürich stimmt das Volk am 7. März darüber ab, ob die Polizei in ihren Meldungen die Nationalität der Beteiligten melden soll. Eine SVP-Initiative will, dass auch gemeldet wird, wenn ein Beschuldigter oder eine Beschuldigte zwar einen Schweizer Pass hat, aber nicht quasi seit dem Rüttelschwur eingebürgert ist. Ein Gegenvorschlag will «nur» Nicht-Schweizerinnen und -Schweizer

erwähnen. Beide Vorlagen richten sich gegen die parlamentarisch abgesicherte Praxis der Stadt Zürich. Hier gibt es keine Nationalitätennennung. Beide Vorlagen zielen darauf ab, fremdenfeindliche Emotionen zu schüren. Wenn wundert es da, dass der bei der SVP beliebte Regierungsrat Mario Fehr (immer noch SP-Mitglied) sich für die Nationalitätennennung ins Zeug legt? (cs)

FOTOS: ISTOCK



la suisse existe
Jean Ziegler

RASPUTIN IM BUNDESHAUS

Der sibirische Mönch Grigori Rasputin übte am Hof von Zar Nikolaus II. eine beherrschende und verheerende Rolle aus. Einen Rasputin gibt es auch im Bundeshaus. Jedenfalls, wenn man

EDA-Generalsekretär Markus Seiler manipuliert den überforderten Bundesrat Cassis nach Belieben.

einer Reportage in der Westschweizer Zeitung «Le Temps» glaubt. Der Titel: «Das Haus von

Ignazio Cassis brennt». Untertitel: «Der Rasputin im EDA». Der helvetische Rasputin heisst Markus Seiler, Generalsekretär des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten. Seiler ist kein dementer Mystiker wie Rasputin, sondern ein kluger, politisch versierter Rechtskonservativer. Der Einfluss jedoch, den er auf den völlig überforderten Bundesrat Ignazio Cassis ausübt, ist vergleichbar mit jenem des Mönchs auf den Zaren.

AN DER MACHT. Ex-Botschafter Georges Martin beschreibt Seilers Rolle wie folgt: «Er mischt sich in alles ein. Seine Methoden sind die eines Tyrannen. Sein Posten ist eigentlich bloss administrativ. Aber er hat sich den Grossteil der Macht angeeignet, oder man hat sie ihm gegeben.» Seiler war zuvor Chef des Schweizer Nachrichtendienstes. Sein Beziehungsnetz ist weltweit gespannt. Besonders eng ist er mit dem israelischen Geheimdienst Mossad verbunden. Er manipuliert Cassis nach Belieben – und im Sinne der israelischen Interessen. Zur Erinnerung: Im Mai 2018 besuchte der Aussenminister Israel und die besetzten Gebiete. Er sprach über die Uno-Hilfsorganisation für die palästinensischen Flüchtlinge (UNRWA). Sie wurde gegründet, nachdem die israelische Armee 1948 fast eine Million Palästinenserinnen und Palästinenser aus deren Land vertrieben hatte. Seitdem verkörpert die Organisation das Rückkehrrecht der Flüchtlinge. Cassis erklärte: «Die UNRWA ist Teil des Problems, nicht seiner Lösung. Sie erhält den Konflikt am Leben.»

September 2019: Cassis empfängt in Luzern den israelischen Aussenminister Israel Katz. Nach dem Gespräch veröffentlicht Katz eine Pressemitteilung. Darin steht, man habe über «eine Alternative zur UNRWA» gesprochen. Cassis schweigt.

Drittes Beispiel: Bis 2019 war der hochkompetente Pierre Krähenbühl an der Spitze der UNRWA. Gegen ihn führten Israels Premierminister Netanyahu und US-Präsident Trump eine vehemente Kampagne. Sie warfen ihm Missmanagement, Betrug und Unterschlagung vor. Gleich zu Beginn der Kampagne suspendierte Cassis die Schweizer Beiträge für die UNRWA. Uno-Generalsekretär António Guterres ordnete eine Untersuchung gegen Krähenbühl an, der in der Zwischenzeit zurückgetreten war. Ergebnis: Keiner der Vorwürfe gegen ihn war stichhaltig. Cassis enthielt sich aber jeglicher Entschuldigung an Krähenbühl und hält bis heute den Guterres-Bericht unter Verschluss.

SCHADEN FÜR DAS LAND. Franco Cavalli, vormals Chef der SP-Fraktion in der Bundesversammlung, sagt: «Ignazio Cassis schadet unserem Land. Er sollte demissionieren.» Cavalli hat recht.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Corona-Massnahmen So machen's die Nachbarn

Die Corona-Massnahmen der Schweiz gehören zu den harmlosesten in Europa. Darum haben wir auch so viele Tote. Die Nachbarländer sind viel strikter. Ein paar Beispiele:

DEUTSCHLAND Bis mindestens 7. März 2021 bleiben Beizen, Bars, Clubs, Theater, Opern- und Konzerthäuser, Museen und Zoos zu. In zahlreichen Bundesländern sind auch Schulen und Kitas geschlossen. An den Grenzen zu Tirol und Tschechien wurden die Grenzkontrollen verschärft, weil dort die Corona-Situation aus dem Ruder läuft.

ÖSTERREICH Trotz den «Öffnungsschritten», die von manchen Schweizer Medien frenetisch gefeiert wurden, gelten in unserem östlichen Nachbarland immer noch schärfere Massnahmen als in der Schweiz. Die Regierung unter dem rechtsnationalistischen Bundeskanzler Sebastian Kurz öffnete zwar die Läden unter strengen Bedingungen wieder, doch Restaurants und Hotels bleiben bis mindestens Ostern geschlossen. Aus dem besonders von den neuen Coronaviren-Mutationen betroffenen Bundesland Tirol darf nur noch ausreisen, wer einen negativen Coronatest vorweisen kann. Und auch auf die Pisten dürfen Skifahrende nur mit einem negativen Test. Ausserdem sprach die Wiener Regierung eine Reisewarnung für Tirol aus. Über allfällige Lockerungen entscheidet die österreichische Regierung frühestens am 1. März.

ITALIEN Während in der Schweiz die Bergbahn-Lobby die Öffnung der Skigebiete durchgestierts hat, bleibt Italien strikt und konsequent. Die für den 15. Februar angekündigte Öffnung der Skigebiete wurde kurzfristig wieder abgeblasen. Grund: die Zunahme der Virusmutanten. Italiens Skigebiete sind bereits die ganze Saison geschlossen. Und auch das an die Schweiz grenzende Südtirol zog

Italiens Skigebiete sind bereits die ganze Saison geschlossen.

die Schraube an: Hier gilt ein Lockdown, der über die härtesten sonst in Italien geltenden Massnahmen hinausgeht. Bis mindestens Ende Februar ist das Geschäftsleben inklusive des für die Region wichtigen Tourismus runtergefahren. Sämtliche Schulen wurden auf Fernunterricht umgestellt.

SCHWEDEN Schweden ist kein Nachbarland der Schweiz. Aber war während Monaten das Vorbild von hiesigen Corona-Leugnern und Öffnungsturbos. Das ist schon länger nicht mehr so. Die Massnahmen zur Pandemiebekämpfung wurden schrittweise heraufgefahren. Staatsvirologe Anders Tegnell war der einst so geliebte Posterboy der europäischen Massnahmegegner. Weil er – wie andere «Corona-Skeptiker» – Covid mit der Grippe verglich. Jetzt musste er zugeben: «Das hat sich als nicht richtig erwiesen.» Unterdessen hat Schweden über 12 500 Coronatote. Und eine Bewegung von rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern fordert, dass Tegnell wegen der vielen Coronatoten vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gestellt werde.

CLEMENS STUDER

Gelernt aus dem letzten Frühling. Keine Haurucköffnung, aber:

Bundesrat macht trotz Corona-Mutanten auf

Der Bundesrat will stufenweise das Land wieder öffnen. Diesmal aber nicht so überstürzt wie im vergangenen Jahr. Aber der Schutz von Löhnen und Lohnabhängigen bleibt ungenügend.

CLEMENS STUDER

Wie bereits im vergangenen Frühling haben Wirtschaftsverbände und rechte Parteien in den vergangenen Tagen und Wochen für eine Haurucköffnung getrommelt. Obwohl die epidemiologische Entwicklung der Corona-Pandemie mit den Virusmutanten unübersichtlich ist. Bei derzeit sinkenden Fallzahlen. Diese sinken vor allem wegen der vom Bundesrat verschärften Massnahmen. Dennoch ist der sogenannte Schweizer Weg im Unterschied zu den Nachbarländern nur ein Büsi-Lockdown (siehe Spalte links).

NICHT NOCH EINMAL

Im Frühsommer 2020 hatte sich die Landesregierung noch dem Druck der Jammeri-Kantone und Wirtschaftsverbände gebeugt. Und entgegen der Empfehlungen der Wissenschaftlerin

Der Bundesrat hat einige Forderungen der Gewerkschaften endlich aufgenommen.

nen und Wissenschaftler in viel zu kurzer Zeit viel zu weit gehende Lockerungen der Anti-Pandemie-Massnahmen beschlossen. Die Folge: Die Schweiz lief voll in den Hammer der zweiten Welle. Diesmal scheint es auch die rechte Bundesratsmehrheit besser machen zu wollen.

Das am Mittwoch beschlossene Massnahmenbündel schickt die Landesregierung nun bei den Kantonen in die Vernehmlassung. Sie ist nötig, weil nach dem rechten Trommelfeuer vom vergangenen Jahr nicht mehr die «ausserordentliche Lage» gilt, in der der Bund alleine entscheiden konnte. Zwar haben die Kantone in den seit-



LOCKERUNGEN: Besuche im Museum – etwa im Naturhistorischen Museum in Genf – sind ab dem 1. März wieder möglich.

FOTO: KEYSTONE

her vergangenen Monaten eindrücklich bewiesen, dass die meisten von ihnen Pandemiebekämpfung nicht können. Trotzdem ist immer noch eine knappe Mehrheit von ihnen dagegen, dem Bundesrat wieder mehr Kompetenzen in der Pandemiebekämpfung zu geben.

DIE VORSCHLÄGE

Der Bundesrat schlägt den Kantonen per 1. März konkret folgende Änderungen des Corona-Regimes vor:

- Läden können wieder öffnen, mit Schutzkonzept.
- Museen, Bibliotheken, Zoos und botanische Gärten wieder öffnen.
- Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sollen wieder den meisten sportlichen und kulturellen Aktivitäten nachgehen können. Sport- und Freizeitanlagen sollen deshalb ab 1. März wieder offen sein.
- Im Freien sollen sich bis zu 15 Menschen treffen können.

Beibehalten werden noch mindestens bis Ende März die übrigen Lockdown-Massnahmen. Insbeson-

dere bleiben die Beizen zu, und die Homeoffice-Pflicht bleibt. Definitiv entscheiden will der Bundesrat nach den Rückmeldungen der Kantone am 24. Februar.

WIRTSCHAFTLICH UNGENÜGEN

Der Bundesrat hat jetzt einige Forderungen der Gewerkschaften endlich aufgenommen. Zum Beispiel zusätzliche Taggelder in der Arbeitslosenversicherung, um weitere Aussteuerungen zu verhindern. Und die Verlängerung der Höchstbezugsdauer von Kurzarbeitsentschädigungen. Und endlich sollen auch Kulturschaffende rückwirkend Anspruch auf Ausfallentschädigung haben. Störend ist dagegen, dass sich der Bundesrat weiterhin weigert, die Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent für alle Löhne bis 5000 Franken zu erhöhen. Gerade in den von den Massnahmen zur Pandemiebekämpfung besonders betroffenen Branchen wie der Gastronomie sind kleine und mittlere Löhne weit verbreitet. Bei den Härtefall-Geldern hat der Bundesrat zusätzliches Geld

gesprochen. Was SVP-Finanzminister Ueli Maurer offensichtlich reut, wie an der bundesrätlichen Medienkonferenz kaum zu überhören und zu übersehen war (siehe unten «Bund stockt auf, Kantone stocken.»).

WIE WEITER?

Weil die Haurucköffnung im Frühsommer die Schweiz in die zweite Coronawelle getrieben hat, will der Bundesrat dieses Mal vorsichtiger vorgehen. Weitere Öffnungsschritte zu den jetzt beschlossenen will er dieses Mal im Monatsrhythmus prüfen. Und zwar aufgrund der epidemiologischen Lage. Denn die Situation ist unübersichtlich, obwohl die Zahlen in den vergangenen Wochen gesunken sind. Die Auswirkungen der neuen Virusvarianten auf die Situation sind noch unklar. Klar ist nur, dass der Anteil der Mutanten an den gemeldeten Ansteckungen stark und schnell steigt. Wie schnell eine solche Situation aus dem Ruder laufen kann, zeigt zum Beispiel die dramatische Lage in Portugal.

Swiss ausser Rand und Band

Die Luftfahrtindustrie ist ein Auslaufmodell. Wegen des Klimawandels. Und weil die Corona-Pandemie der Geschäfts- und Ferienfliegerei zusätzlich zusetzt. Das gilt auch für die Swiss. Die einstige schweizerische Fluggesellschaft, die unter der Ägide der damaligen Bundesräte Hans-Rudolf Merz (FDP) und Christoph Blocher (SVP) an die deutsche Lufthansa verscherbelt wurde.

FETTE BONI. Aber die Fliegerei hat eine starke Lobby im Bundeshaus. Darum wurde die Firma als eine der ersten Branchen üppig unterstützt: mit fast 2 Milliarden Franken. Einem Beitrag, von dem etwa Kitas und Kultur nur träumen können. Ohne klimapolitische oder soziale Vorgaben. Mit dem Geld der Steuerzahlenden füllten sich die Swiss-Manager erst mal die eigenen Taschen und zahlten sich Boni aus. In Millionenhöhe! Jetzt hat die Swiss-Führung den GAV mit den Piloten (Frauenanteil knapp 5 Prozent) gekündigt. Dumm für den kuschligen Berufsverband «Aeropers», der kein Mitglied des SGB ist. Im Unterschied zu «Kapers», der Gewerkschaft des Kabinenpersonals. (cs)

Blocher-Glan kassiert ab



FOTO: ZVG

Sich die Löhne der Mitarbeitenden von der Allgemeinheit bezahlen lassen und sich gleichzeitig die privaten Taschen vollmachen mit billig versteuerten Dividenden: Was für alle hart arbeitenden Frauen und Männer ein Schlag ins Gesicht ist, ist in der Schweiz möglich. Dank der rechten Parlamentsmehrheit von SVP bis GLP. Sie lehnten das Dividendenauszahlungsverbot ab.

ABZOCKER. Ganz vorne dabei bei der Abzockerei: der Blocher-Clan. Der Blocher-Konzern schüttet jetzt 398 Millionen Franken Dividenden aus. Mehr als die gesamten Lohnkosten. Davon wandern 263 Millionen auf die Konten von Magdalena Martullo-Blocher (Ems-Chemie), Rahel Blocher (Läckerli-Huus) und Miriam Baumann-Blocher (irgendwas bei Papa). (cs)

Impfen: Es läuft (sosolala)

Der Bund hat über 30 Millionen Impfdosen bestellt. Und hofft, bis im Sommer alle geimpft zu haben, die das wollen. Trotz Liefer Schwierigkeiten der Pharmamultis. Auf die muss sich das Land verlassen, weil es politisch gewollt keine inländische Impfstoffentwicklung gibt.

ENGAGEMENT. Vor der Pandemie war die Entwicklung von Impfstoffen ein Verlustgeschäft der Pharmariesen. Unterdessen sind immerhin rund 80 Prozent der Patientinnen und Patienten in Alters- und Pflegeheimen geimpft.

Irgendwann im Sommer wird das auch für die restliche Bevölkerung gelten. Dafür braucht es allerdings das Engagement der Kantone, die im Sommer 2020 so heftig und lautstark ihre «Zuständigkeit» eingefordert haben. Aber zu einem grossen Teil vergessen, dass «Zuständigkeit» auch «Verantwortung» bedeuten würde. (cs)



FOTO: KEY

Bund stockt auf, Kantone stocken

Der Bund erhöht die Hilfen für Härtefälle von 5 auf 10 Milliarden Franken. Davon sind 6 Milliarden für kleinere und mittlere Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 5 Millionen Franken reserviert. 3 Milliarden sind für grössere Unternehmen vorgesehen. Darunter sind auch Filialketten zu verstehen. Diese können jetzt für jede Filiale ein Härtefallgesuch stellen und können die Gesuche vereinfacht am Sitzkanton des Unternehmens einreichen.

FLICKENTEPPICH. Zudem stockt der Bundesrat die bestehende Bundesratsreserve für besonders betroffene Kantone auf 1 Milliarde Franken auf. Doch wie in der ganzen Pandemiebekämpfung gibt es auch bei den Härtefallgesuchen einen kantonalen Flickenteppich. Während einige Kantone schnell entscheiden und zum Teil auch eigene, zusätzliche Gelder sprechen, warten in anderen Kantonen Unternehmerinnen und Unternehmer seit vielen Wochen auf einen Entscheid. Und vor allem auf das dringend benötigte Geld. (cs)

Frankreich: Krisengewinnler, Suppenküchen und eine Neofaschistin

Wenn der Emmanuel mit der Marine ...



VORHANG AUF FÜR EIN GEFÄHRLICHES PAAR: Präsident Macron möchte, dass ihm bei seiner Wiederwahl im April 2022 die Chefin der rechtsradikalen, rassistischen und antisozialen Partei Rassemblement National (RN), Marine Le Pen, gegenüberstehe. FOTO: GETTY

Präsident Emmanuel Macron probt in Frankreich ein politisches Regime nach der Demokratie: den autoritären Neoliberalismus. Und dazu braucht er Marine Le Pen.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Frankreich hätte da zwar noch ein paar Probleme. In den Vorstädten grassiert Hunger, fast 9 Millionen Menschen überleben nur dank Suppenküchen. Die Arbeitslosigkeit ist explodiert. Und Covid-19 läuft gerade wieder aus dem Ruder, trotz abendlicher Ausgangssperre.

Jetzt enthüllten Medien, dass französische Krisengewinnler dem Land im vergangenen Jahr an die 100 Milliarden Euro entzogen haben, indem sie ihr Geld nach Luxemburg schafften. So geht der Separatismus der Reichen und der Konzerne.

Doch, bizarr, das öffentliche Gespräch scheint sich einzig um das seltsame Paar Emmanuel Macron und Marine Le Pen zu drehen. Emmanuel möchte, dass ihm bei seiner Wiederwahl im April 2022 Marine gegenüberstehe. Sie ist die Chefin der rechtsradikalen, rassistischen und antisozialen Partei Rassemblement National (RN, früher Front National). Es soll ein Remake von 2017 werden: Damals verhalf die Furcht vor der neofaschistischen Machtübernahme Macron als «kleinerem Übel» zum Wahlsieg.

Also bespielt auch er rechtsextreme Themen, um Le Pen in Stellung zu bringen: Islam, Migration, Kopftuch, Unsicherheit, Hass auf die Intellektuellen. Besonders schwerzufallen scheint ihm das nicht, an manchen Tagen tönt er schon wie Donald Trump.

SCHLAPPE FÜHRERIN

So kam es am 11. Februar zu einer bizarren Szene. Der Präsident liess seinen Innenminister Gérald Darmanin zu bester Sendezeit mit Le Pen debattieren. Die beiden bemühten sich, Debatte zu spielen, aber eigentlich passte kein Blatt zwischen sie. Irgendwann motzte Darmanin dann doch, Marine Le Pen sei in Sachen Islam «wohl etwas schlapp geworden. Sie

Macron ist ein Zerstörer des sozialen Staates, ein Demokratie- und Menschenverächter.

soll Vitamine nehmen.» Macrons Innenminister hatte die RN-Führerin rechts überholt. Eiligst versuchte das Elysée, die Sache zurechtzubiegen. Zu spät. Die Banalisierung der Neofaschistin, die sich gutbürgerlich schönheuchelt, war geglückt.

Mag sein, Darmanin hat den Befehl des Chefs etwas weit ausgelegt. Wahrscheinlicher ist: Da hatte sein inneres Ich gesprochen. Darmanin, ein stramm rechter Katholik, ist Macrons Mann fürs Grobe. Und Teil einer reaktionären Viererbande an der Spitze der Regierung um Premierminister Jean Castex. Regelmässig befiehlt Darmanin brutale Polizeieinsätze und deckt auch die rassistischen Übergriffe der Ordnungs-

kräfte. Demonstrationen werden zwar noch bewilligt, aber sogleich erstickt. So wie die grosse Pariser Kundgebung gegen ein neues Sicherheitsgesetz im letzten Dezember. Diese Einschüchterung, diese Angst vor Verletzung, wirkt. Macron will nun etwa unter Gefängnisstrafe stellen, wer die prügelnden Polizisten filmt oder fotografiert (Artikel 24). Das gilt auch für Medienleute.

Vielleicht wird das Gesetz dieser Tage mit einer anderen umstrittenen Vorlage zusammengelegt, dem Gesetz gegen Separatismus. Niemand weiss das so genau, denn Macron regiert fast durchgehend mit Notstandsverordnungen, Dekreten, einem kleinen Sicherheitsrat.

Nicht etwa auf die flüchtenden Krisengewinnler zielt das Separatismusgesetz, sondern auf Dschihadisten. Zumindest vordergründig. Sein Anlass ist die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty durch einen jungen Franko-Tschetschenen im Oktober 2020. Tatsächlich aber stellt der Entwurf nicht nur sämtliche Musliminnen und Muslime unter Generalverdacht (immerhin die zweite Religion im Land). Er weckt breiten Widerstand, weil Macron mit dem Gesetz die autonome Organisation der Gesellschaft in Vereinen, Nichtregierungsorganisationen usw. unter strikte Regeln stellen will.

MENSCHEN, DIE NICHTS SIND

Was treibt den früheren Investmentbanker Macron eigentlich dazu, Frankreich gerade jetzt so zu spalten? Wer Macron verfolgt, weiss: Der Präsident ist ein knallharter Neoliberaler, ein Zerstörer des sozialen Staates, ein Demokratie- und Menschenverächter. Im Wahlkampf 2017 sagte er: «In je-

dem Bahnhof begegnet man erfolgreichen Menschen und Menschen, die nichts sind.» Solche Sätze sagt er immer wieder. Nur: Was derzeit in Frankreich geschieht, ist nicht allein Macrons dürrer moralischer Ausstattung geschuldet. Das gründet tiefer.

In Pariser Salons wird derzeit ein programmatischer Text des Nazi-Juristen Carl Schmitt hoch gehandelt. Schmitt hatte 1932 vor deutschen Arbeitgebern gesagt, die liberale Ökonomie der freien Märkte brauche einen autoritären Staat, der bereit sei, jeden sozialen Widerstand zu brechen und die Politik, also alles Soziale, von der Wirtschaft fernzuhalten. Schmitts Kontrahent, der Denker Hermann Heller prägte darauf den Begriff «autoritärer Liberalismus». Heller, Sozialist und Jude, starb 1933 im Exil.

Dass der Kapitalismus mit der Demokratie nicht vereinbar ist, weil er das Problem einer gerechten Verteilung nicht lösen kann und will, haben die neoliberalen Vordenker Friedrich von Hayek und Milton Friedman in zahllosen Reden und Schriften festgehalten. Macron ist stark von der Finanzkrise 2008 geprägt und ihr gelehriger Schüler. Der Aufstand der Gelbwesten, der Widerstand der Gewerkschaften, der Pflegenden und der Studentinnen und Studenten haben ihn darin bestätigt, dass demokratische Gesellschaften aus Sicht des Kapitals nicht regierbar sind. Das beklagt er häufig und aggressiv, Kritik erträgt er nicht. Deshalb irrt, wer die autoritäre Wende des Franzosen für reines Wahlkalkül hält. Emmanuel Macron probt gerade eine neue Form eines politischen Regimes in Westeuropa: den autoritären Neoliberalismus.

Wahlen in Kosova Grüsse aus Prishtina



HILMI GASHI*

«Auch ich ging am 14. Februar wählen. Wie viele andere meiner kosovarischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus der Schweiz. Wegen der

Pandemie hätte ich zwar lieber per Post gewählt. Doch das war mir zu unsicher. Wer in Kosova wählen wollte, musste sich in eine Wahlliste eintragen lassen. Dieser Registrierungsprozess für Auslandkosovarinnen und -kosovaren wurde nämlich erschwert: So riesig war die Angst der bisher

Die Mehrheit stimmte für eine bessere Zukunft.

regierenden korrupten Elite, die Machtverhältnisse im Land könnten sich wirklich ändern. Zu Recht! Denn die grosse Diaspora gilt als unabhängig und kritisch. Rund 800 000 Kosovarinnen und Kosovaren leben im Ausland und rund 1,9 Millionen im Land selber. Zusammen haben sie alle nun gesprochen – und die konservativen Regierungsparteien LDK und PDK in die Wüste geschickt. Für eine bessere Zukunft!

MARODE SYSTEME. Jede vierte Person in Kosova lebt in Armut. Darunter sehr viele Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie sind die eigentlichen Verlierer der chaotischen und intransparenten Privatisierung der letzten zwanzig Jahre. Das Volksvermögen wurde verschербelt, zu lächerlichen Preisen. Wo einst Fabriken und Werkstätten standen, stehen heute Einkaufszentren. Reich geworden sind einige wenige. Das Gesundheitssystem ist marode, ebenso das Schulsystem. Die bisherigen Bildungsminister schickten ihre Kinder in teure Privatschulen. Davon hatte eine Mehrheit jetzt genug und gab ihre Stimme der linksnationalistischen Reformbewegung Vetëvendosje (Selbstbestimmung) von Albin Kurti und seiner Mitstreiterin Vjosa Osmani. Darunter 61 Prozent der Frauen! Und auch ich.

HOFFNUNGSTRÄGER. Kurti ist politisch schon lange unterwegs, er war in den 1990er-Jahren Studentenführer und später politischer Gefangener der Serben. Schliesslich gründete er 2005 seine Oppositionsbewegung Vetëvendosje. Ich habe schon mehrmals mit Osmani und Kurti und seinen engsten Mitstreitern diskutiert. Was sie wollen, ist vernünftig. Sie wollen Corona bekämpfen und auch die grösste Plage im Land, die grassierende Korruption. Sie wollen einen Mindestlohn von 250 Euro einführen. Und einen Elternurlaub. Kurti ist eine charismatische Figur: Wer seine Entschlossenheit sieht und jene von Osmani, glaubt sofort, dass diesem Powerpaar das auch gelingen wird.»



*Hilmi Gashi (54) wurde in Kosova geboren, kam 1988 nach Bern. Ursprünglich als Saisonnier auf dem Bau. Seit 15 Jahren arbeitet er bei der Gewerkschaft Unia. Er lebt mit seiner Familie in Muri bei Bern.



ON THE ROAD: Fahrerinnen und Fahrer können in Restaurants essen, die für sie trotz Lockdown offen haben. FOTO: TRUCK-SERVICECENTER

Routiers Suisse bietet Camionneuren im Lockdown warme Mahlzeiten an

Ein Herz für Trucker

Der Chauffeurverband Routiers Suisse sucht Restaurants, die trotz Lockdown Lastwagenfahrerinnen und -fahrer bewirten, die abends nicht nach Hause kommen. Eine gutgemeinte Aktion.

MICHAEL STÖTZEL

Doris und Rolf Bösch führen seit zwei Jahren das Restaurant Liebenau in Kollbrunn ZH. Eine gemütliche ländliche Beiz im Tössdal, gutbürgerliche Küche, erschwingliche Preise. Der grosse Parkplatz kann auch LKW aufnehmen, und sie sind hier gern gesehen. Rolf Bösch hat selbst 25 Jahre als Chauffeur gearbeitet, bis er aus gesundheitlichen Gründen aufhören musste. Allerdings ist die Tössdalstrasse, die am Haus vorbeiführt, «nicht gerade eine Hauptstrecke», sagt Ehefrau Doris. Einzelne Trucker seien trotzdem vorbeigekommen. Allein von ihrer Bewirtung könne das «Liebenau» aber sicher nicht leben.

SOLIDARITÄT

Trotzdem haben sich die Böschs Mitte Januar gleich einer Aktion des Chauffeurverbandes Routiers Suisse angeschlossen. Er sucht während des Lockdowns Restaurants, die bereit sind, im Sinne einer «Be-



ZNACHT FÜR ROUTIERS: Doris und Rolf Bösch vom Restaurant Liebenau in Kollbrunn ZH. FOTO: ROUTIERS SUISSE

triebskantine» nach der Covid-19-Verordnung abends für Chauffeure zu öffnen, die auswärts übernachten müssen. Die Ausnahmeregelung hatte der Verband mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) ausgehandelt. Und dessen Vorgaben sind klar: Mitmachern können nur jene Restaurants, die einen genügend grossen Parkplatz für die Lastwagen bieten. Und nutzen können das Angebot nur Fahrerinnen und Fahrer, die sich vorab angemeldet haben und auf dem Parkplatz in ihren Kabinen auch übernachten. Zudem ist der Betrieb nur in den Abendstunden zwischen 17 und 22 Uhr gestattet. David Piras, der Generalsekretär der Routiers, sagt: «Damit wollte das BAG verhindern, dass auch Beschäftigte anderer Branchen die Möglichkeit nutzen, mittags an eine warme Mahlzeit zu kommen.» Unter diesen Bedingungen ergebe sich für die unter dem Lockdown gebeutelten Wirtinnen und Wirte nicht gerade ein neues Geschäftsmodell. Landesweit hätten sich bis Anfang Februar etwa 60 Betriebe gefunden. Der Verband

veröffentlicht sie auf einer laufend aktualisierten Liste im Internet (rebrand.ly/routiers). So werde vielleicht 700 bis 800 Chauffeuren geholfen, meint Piras. Wer sein Lokal an Hauptverkehrsachsen habe, könne vielleicht mit 15 bis 20 abendlichen Gästen rechnen, alle anderen aber öffneten die Küche rein aus Solidarität.

MARKETING

Das gilt auch für Familie Bösch in der «Liebenau». Am Abend unseres Gesprächs hätten sie genau einen Gast gehabt, «und gestern war es auch nur einer», erzählt Doris Bösch. Bisher habe es bei ihnen immer gereicht, wenn sie etwas mehr als für ihr eigenes Znacht angerichtet hätten. Einen Verdienst hätten sie damit nicht, aber im geschlossenen Restaurant immerhin «etwas Struktur». Und sie wollen das Angebot auf jeden Fall «durchziehen», solange sie andere Gäste nicht bedienen können.

Genügend LKW-Verkehr herrscht auf der A1 von Zürich nach Bern. Die Raststätte Deitingen Nord steht auch auf der Routiers-Liste. Wie die Aktion bei ihnen laufe? Eine Sprecherin der Raststätte sagt: «Ich habe mal davon gehört.» Und die zuständige Chefin des Shops sagt über zusätzliche abendliche Gäste: «Eigentlich habe ich noch niemanden gehabt.»

Immerhin ist in der Raststätte jemand ansprechbar, im Gegensatz zum «Youcinema» in Oftringen AG. Das «Eventzentrum» lässt sich in der lokalen Presse und auf Facebook dafür feiern, dass es während der Pandemie gratis «zum Zuhause für Chauffeure» geworden sei. Wie man überhaupt in dieses Zuhause kommt, ist aber rätselhaft: Tagelang ist auf der angegebenen Telefonnummer, unter der sich die Fahrer anmelden sollen, lediglich eine schon ältere Tonbandansage zum eingestellten Kinobetrieb zu hören. Und auch auf eine schriftliche Anfrage antwortet niemand.

Bei der Aktion mitzumachen sei doch nur Werbung, sagt Rolf Grob, der Sprecher des Truck-Serviccenters im Embrach ZH. In der Umgebung seines Betriebs gebe es grosse Spektionen, LKW-Kundschaft habe er deshalb genug. Aber er biete nur zwei Einstellplätze für

Fahrer, die bei ihm übernachten wollten. Und Duschene gebe es für sie nicht, sie würden auch nicht verlangt: «Wie viele Fahrer duschen schon jeden Abend?» Seit Beginn der Routiers-Aktion habe sich jeweils ein neuer Gast abends bewirten lassen. Zusätzliches Personal brauche er dafür nicht, und er lebe auch in normalen Zeiten nicht vom Restaurant. Das Geschäft mache er mit der Waschanlage und dem Verkauf von Adblue-Produkten zur Schadstoffreduktion von Dieselmotoren an der Tankstelle.

So essen die Bauarbeiter: Der grosse work-Zmittag-Report

Von Meisterköchen und Mikrowellen-Maestros

Verdirbt Corona den Bauarbeitern das Zmittag? Weil sie nicht mehr in die Beiz können? Oder gehen sie auch sonst nicht auswärts, weil's zu teuer ist? Was essen sie? Und was am liebsten? Ein Blick in die Baracken.

JOHANNES SUPE (TEXT UND FOTOS)

Nein, ein Hobbykoch wird Sebastian Gummert (43) wohl nicht mehr. «Grosse Freude am Kochen habe ich nicht, aber wenn du allein lebst, musst du dich ja versorgen können. Also habe ich ein bisschen nachgefragt und herumprobiert, wie es geht», erzählt der Maurer, der uns kurz vor Arbeitsbeginn auf seiner Baustelle empfängt. Hier, im Berner Breitenrain, ziehen er und seine Kollegen Mehrfamilienhäuser hoch. Harte Arbeit, die hungrig macht – und am Abend nicht viel Zeit und Energie fürs Brutzeln lässt. Gummert erzählt: «Ich habe dann auch nicht immer Lust, noch ein Gericht fürs Zmittag am anderen Tag vorzubereiten. Drum gibt's ab und zu Fertiggerichte.» Zum Beispiel vorgekochte Teigwaren aus dem Supermarkt.

Aber wenn er mag, dann kann Maurer Gummert auch anders. Heute hat er sich für den Mittag einen Auflauf zubereitet. «Das macht nicht viel Arbeit», sagt er und verrät gleich das Rezept: «Lamm und Zwiebeln anbraten, einige Tomaten und Bohnen dazwischen, ausserdem Kartoffeln. Dann giesst du das einfach mit Wasser auf. Diese ganzen abgepackten Rinder- oder Gemüsebrühen brauchst du gar nicht, denn Fleisch und Gemüse geben schon genug Geschmack.»

GRILLMEISTER DER BAUTRUPPE

Das Essen auf dem Bau ist streng geregelt. Zumindest für die Bauarbeiter des Hoch- und Tiefbaus. Dauer des Mittagessens, Entschädigung, wenn auswärts gespeist wird, Sauberkeit der Baracken – all das ist in ihrem Gesamtarbeitsvertrag festgehalten. Trotzdem bringt jetzt das Coronavirus einiges durcheinander. Wo früher die ganze Equipe im selben Container sass, müssen die Firmen heute weitere Mittagsunterkünfte aufstellen. Oder eine vielköpfige Mannschaft muss das Zmittag versetzt einnehmen. Denn in den meisten Baracken heisst es heute: «Nicht mehr als drei Personen gleichzeitig!»

Polier Miguel S.* (27) stört das wenig. Wir treffen ihn in Zollikofen BE beim Znüni auf seiner Baustelle. Er sagt: «Wir müssen einfach etwas besser aufpassen. Jetzt wird eben in zwei Schichten gegessen.» Die Tische sind sauber, aber den



SANITÄR TOM K.: Meatballs und Brötli.



ROHBAU BÄLLIZ IN THUN: Improvisierte Kaffeeküche.

Dreck der Bauschuhe draussen zu behalten – das gelingt nicht immer. Ein Blick in den Kühlschrank offenbart neben einigen belegten Broten und Wasser auch einige Flaschen Bier. «Für den Feierabend», erklärt Miguel. «Während der Arbeit trinkt heute praktisch keiner mehr auf dem Bau.»

Während der junge Polier erzählt, schneidet hinter ihm ein älterer Kollege langsam eine Birne, macht sich danach an eine Peperoni heran. Miguel stellt ihn vor: «Das ist Jacinto, unser Meisterkoch.» Für die zehn Kollegen habe Jacinto R.* schon etliche Köstlichkeiten zubereitet: eine grosse Crevetten-Paella, Ragout, diverse portugiesische Spezialitäten, allerlei vom Grill. Als Polier kaufe er für alle ein, später werden die Kosten geteilt.

ESSEN IM DRECK

Schwieriger ist die Mittagssituation des Ausbaugewerbes. Maler, Schreinerinnen, Dachdecker und Elektrikerinnen: sie alle wechseln oft die Baustelle, entsprechend stellen ihnen ihre Firmen meist keine Container auf. Zur Pausenzeit müssen sie



MAURER STIPA K.: Penne al ragu.



MAURER SEBASTIAN GUMMERT: Lamm-auflauf.

seinem Rezept bereite ich mir die Thüringer hier selber zu.» Die Thüringer, das sind delikate Grillbratwürste aus Ostdeutschland. Für Frau und Kinder koche er ausserdem regelmässig. Besonders beliebt sind seine selbstgemachten Knödel.

GEMÜSE GEHÖRT DAZU

Bis der letzte in der Baracke von Fritz I. (58) mit dem Essen beginnen kann, vergehen gut zwanzig Minuten. So lange braucht nämlich die Mikrowelle, um die vorgekochten Gerichte zu wärmen. Fritz I. und seine Equipe aus vier Mann meistern den Umbau des

Polier Fritz I. isst auch immer Gemüse, wegen des Cholesterins.

Thuner Bahnhof. Heute auf ihrem Menuplan: Teigwaren mit Rindfleisch, Bratkartoffeln mit Speck, Pizzastücke vom nahen Supermarkt. Fritz selbst ist der einzige, der sich zum Mittag mit einigen Bohnen auch etwas Grünes gönnt: «Das ist mein Poliermenu, da gehört Gemüse einfach dazu», sagt er. Tatsächlich kocht er selbst



VOM GRILL: Eine willkommene Abwechslung.



MAURER JACINTO R.: Birne und Peperoni.



WERKBANKKÜHLSCHRANK: Pausenraum in Zollikofen BE.

und versucht dabei auch, auf sein Cholesterin zu achten. Stipa K.* (59), der Kollege von Fritz I., isst hingegen, was ihm seine Frau vorkocht. Früher war er als Militärkoch zuständig für die Verpflegung von bis zu 1000 Mann. «Aber das war mir zu stressig», sagt er. Der Koch wechselte die Branche. Und so bereitet jetzt seine Frau sein Zmittag zu. Sie arbeitet Teilzeit in der Gebäudereinigung. Maurer Stipa K.: «Mich zieht es nur noch an den Herd, wenn ich ein wirklich tolles Gericht sehe, das ich für die Familie kochen will.»

TIPPS VOM KÜCHENCHEF

Einer, der sich mit guter Ernährung auskennt, ist Küchenchef Claudio Renggli (37). Seit 2013 arbeitet er im «Baulütt», einem Grillrestaurant, das dem Ausbildungscampus in Sursee LU angeschlossen ist, der eng mit dem Baumeisterverband zusammenarbeitet. Entsprechend gehören Vorarbeiter und Poliere, die in Sursee ihre Weiterbildung absolvieren, zu seinen Gästen. Renggli weiss, was «bei den Jungs» besonders beliebt ist: Der Baulütt-Burger XL, klassisch zubereitet mit 200 Gramm

Rindfleisch, dazu Zwiebeln, Gurken und Tomaten sowie Cocktailsauce. Doch nimmt der Chefkoch auch Veränderungen in den Essgewohnheiten der Baubücher wahr: immer häufiger wählen diese einen Salat statt Pommes als Beilage. Und: Schon seit Jahren bietet das «Baulütt» auch vegetarische Gerichte an. Renggli: «Die Rückmeldungen sind positiv. Zu unseren vegetarischen Burgern hören wir oft: «Das ist auch was Feines!»

Fürs Zmittag in der Baracke hat der Küchenchef Renggli einen heissen Tipp: die vorgekochte Mahlzeit mit Rohkost ergänzen. Rüebl, Kohlrabi oder Peperoni würden sich anbieten. Sie seien schnell geschnitten, haltbar und vor allem gesund. Mit seinen Peperoni und der Birne ist Maurer Jacinto R. ernährungstechnisch also jetzt schon ganz vorne dabei.

* Namen geändert



POLIER FRITZ I.: Wienerli mit Bohnen und Spiralen.

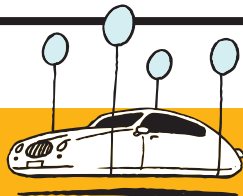


STRASSENBAU-LEHRLING ALBIN L.: Bratkartoffeln mit Speck.

Petition: «Beizen für Buezer»

Im winterlichen Januar machte ein Vorschlag Schlagzeilen: «Beizen für Buezer» nennt sich eine von der SVP lancierte Petition. Angeregt wird, dass Restaurants über den Mittag wieder öffnen, allerdings nur für Werktätige, die im Freien arbeiten und jetzt draussen frieren müssen. Bis heute haben mehr als 50'000 Personen die Onlinepetition unterzeichnet.

DIE CRUX. Tatsächlich ist die kalte Jahreszeit für das Ausbaugewerbe – also etwa alle Malerinnen, Gipser oder Schreiner – ein Problem. Allerdings nicht nur in Coronazeiten. Denn während der Landesmantelvertrag im Bauhauptgewerbe klare Vorgaben über das Vorhandensein von Baracken und Toiletten sowie über ihren hygienischen Zustand macht, fehlen solche Regelungen in anderen Gesamtarbeitsverträgen. Festgehalten ist dort oft nur eine (kleine) Entschädigung, wenn das Zmittag auswärts gegessen werden muss. Über warme und saubere Aufenthaltsmöglichkeiten ist damit noch nichts gesagt. Entsprechend fordert die Unia die Einrichtung geheizter Pausenräume. Sorge tragen müssten dafür die Unternehmen. Und da liegt auch die Crux im SVP-Vorschlag: Er entlässt die Chefs aus der Verantwortung. Kommt noch dazu, dass viele Beschäftigte gar nicht die Zeit haben, während des Mittags ausserhalb der Baustelle essen zu gehen. (jos)



Elektroautos: Hat der TCS den VCS links überholt?

Elektroautos sind bereits heute viel umweltfreundlicher als fossil angetriebene Autos. Das zeigen Berechnungen des Touring-Clubs der Schweiz (TCS). Dank einem TCS-Tool können wir jetzt auch nachschauen, wie viel ein künftiges Auto in der Anschaffung und im Betrieb an CO₂ ausstösst: Sensationell!

Es spielt eigentlich keine Rolle, wo auf der Welt der CO₂-Ausstoss reduziert wird. Wichtig ist nur, dass er effektiv reduziert wird. Bei vielen Projekten, wie etwa Aufforstungen, ist aber Vorsicht geboten: Halten die Investitionen, was die Investoren versprechen?

Die Grünen wollen weniger graue Energie importieren. Und diese Reduktion auf den Inlandverbrauch anrechnen. Was heisst das konkret? In jedem importierten Auto stecken als graue Energie rund 18 Tonnen CO₂. Bei Elektroautos nicht viel mehr als bei Hybrid-, Diesel- und Benzinautos.

Sensationell und trotzdem wahr: Alle von uns können ausgerechnet dank dem Touring-Club der Schweiz nachschauen, wie viel ihr künftiges Auto in der Anschaffung und im Betrieb an CO₂ ausstösst. Elektroautos sind gemäss diesen TCS-Berechnungen bereits heute viel umweltfreundlicher als fossil angetriebene fahrende Untersätze. Deshalb empfiehlt der TCS den Kauf von Elektroautos. Wer hätte das vor zwei, drei Jahren gedacht?

Die Autoindustrie macht ihrerseits brutal Druck auf ihre Zulieferer, damit diese möglichst schnell klimaneutral werden. Und auch die eigene Produktion wird energetisch optimiert. Die Grünen haben mit dem Einbezug der grauen Energie die Büchse der Pandora geöffnet: Bisher waren nur die Rechten für Kompensationen des CO₂-Ausstosses im Ausland oder aus dem Ausland. Neu sind jetzt auch die Grünen in diese Logik eingestiegen.

ONSHORE-WINDKRAFT. Jede Woche werden neue Ideen geboren und lanciert. Der deutsche SPD-Politiker Johann Saathoff ist zuständig für die Zusammenarbeit Deutschlands mit Russland. Der Vertraute von Kanzlerin Angela Merkel bringt den Zwischenstand der Überlegungen so auf den Punkt:

Russenwind 1: Windkraftwerke an Land (Onshore) sind immer viel günstiger als Windkraftwerke im Meer. Leuchtet allen ein, obwohl auch Offshore-Kraftwerke gewaltige Fortschritte machen.

Russenwind 2: In Deutschland kann man fast gar keine neuen Onshore-Windkraftwerke bauen. Umgekehrt hat es in Russland jede Menge sensatio-

nell guter Standorte. Und das Land ist nur dünn besiedelt. 34 Mal dünner als die Schweiz.

Russenwind 3: Das deutsche Unternehmen Enercon baut die besten landgestützten Windkraftwerke.

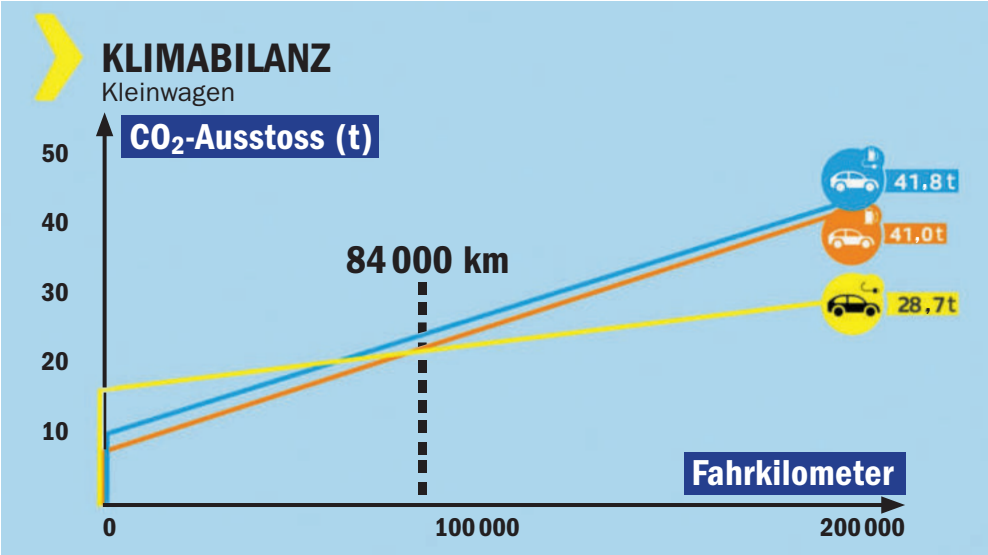
Russenwind 4: Man kann den Strom nicht nur als Wasserstoff über bestehende Pipelines nach Deutschland pumpen, inklusive der Nord Stream 2. Nein, man kann Strom dank Gleichstromleitungen auch über 5000 und mehr Kilometer kostengünstig transportieren.

Angela Merkel hat hier offenbar noch etwas Grosses in petto. Die Versöhnung von Deutschland und Russland dank und mit Russenwind erzeugtem Ökostrom und grünem Wasserstoff.

Schon bisher haben die Schweizer Elektrizitätswerke im Ausland erfolgreich in Windkraft investiert.

Sollen sie neu mit in Russland einsteigen, wenn sich diese Tür öffnet?

Vielleicht wäre es sinnvoller, wenn man in abgelegenen Landstrichen von Kroatien und Bosnien-Herzegowina das Glück versuchen würde.



ALLES INBEGRIFFEN: Sauber gerechnet sind Elektroautos bereits heute sauberer als Benziner oder Diesel und Hybride. Und zwar massiv. FOTO: SRF / KASSENSTURZ

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/generationenwechsel
Der deutsche Windenergieanlagen-Produzent Enercon wäre der grosse Gewinner, wenn sich Angela Merkel und Russlands Präsident Wladimir Putin in Sachen Russenwind einigen könnten. Die beste Turbine des Jahres 2020 stammt von Enercon. Das Unternehmen ging nie an die Börse, sondern gehört der Alois-Wobben-Stiftung. Vorbild ist der Bosch-Konzern, der ebenfalls von der Stiftung kontrolliert wird und heute auf vielen Gebieten weltmarktführend ist. Es braucht keine Aktien und keine Börsen, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Kein Detail: Bosch ist bereits 2021 klimaneutral.

● rebrand.ly/autovergleich
Das Paul-Scherrer-Institut (PSI) hat für den Touring-Club der Schweiz dieses phantastische Tool zusammengestellt. Resultat: Elektroautos sind schon jetzt sehr gut. Und werden immer besser. Alle, die nächstens ein Auto kaufen wollen, sollten für einmal dem TCS vertrauen. Er hat den VCS links überholt.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



Die workzeitung hat keine Angst vor starken Frauen. Sie ist selber eine.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Buch bringt unbekannte antifaschistische Heldinnen und Helden ans Licht

Alles riskiert im Kampf gegen Hitler

Sie stehen in keinem Geschichtsbuch. Und machten doch Geschichte: mutige Büezer und engagierte Linke.

RALPH HUG

Ernst Bärtschi war Metallarbeiter in Kreuzlingen TG. Und ein beherzter Antifaschist. Er konnte nicht tatenlos zusehen, wie Hitler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verfolgen und ermorden liess. So beschloss er zu helfen. Nachts holte er mit dem Boot Emigranten von Konstanz in die Schweiz. In der Freizeit schmuggelte er Anti-Hitler-Schriften ins Nazi-Reich. Bis nach Freiburg und Frankfurt. Die Papiere versteckte er in seiner Büezer tasche. «Sonst hat niemand den Schneid gehabt, das zu tun», sagte Bärtschi später.

ZUERST GEGEN DIE LINKEN

Er rettete damit Leben. Dank Leuten wie Bärtschi entkamen Betriebsräte, SPD-Mitglieder, Kommunistinnen und politisch Aktive den Nazi-Schergen und dem sicheren Tod im KZ. Denn die ersten, die Hitler eliminieren liess, waren nicht Jüdinnen und Juden, sondern Linke und Oppositionelle aller Couleur. Sie mussten fliehen, auch in die Schweiz. Viele kamen illegal über die

Die Schweizer Polizei verfolgte Linke, nicht die Faschisten.

Grenze und lebten teils unerkannt bei Kollegen und Genossinnen. Und die wurden hier von der Bundespolizei (heute: «Nachrichtendienst des Bundes») verfolgt. In der Schweiz gab es damals einen weitverzweigten linken Untergrund. Ein Netz von Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich weder von Hitler noch vom kuschenden Bundesrat beeindrucken liessen. Sie waren die wahren Heldinnen und Helden der 1930er Jahre. In den offiziellen Geschichtsbüchern fehlen ihre Namen.

Dass sie nicht in Vergessenheit geraten, dafür sorgten Autorinnen und



DOKUMENT: Ernst Bärtschi (Kreuzlingen) und Paul Nusch (aus Offenbach), Fluchthelfer und Emigrant auf dem Bodensee vor Konstanz, über den Bärtschi mit dem Paddelboot Flüchtlinge über die Grenze brachte.

FOTO: MATHIAS KNAUER, LEMMATA.CH

Professor Tanner: Antifaschismus auch heute nötig

Wer «Die unterbrochene Spur» schon kannte, wird in der Neuauflage des Klassikers trotzdem belohnt: mit einem hervorragenden Vorwort des ehemaligen Zürcher Geschichtsprofessors Jakob Tanner. Er schlägt einen grossen Bogen von den 1930er Jahren bis in die Gegenwart. Und ordnet das Engagement vieler einfacher Menschen gegen Hitler und seine Fans in der Schweiz treffsicher ein. So meint Tanner: «Das Buch erinnert uns daran, dass dieses antifaschistische Engagement unabdingbar bleibt, solange die Würde von Menschen durch rassistische Parteien, diskriminierende Praktiken und antisemitische Propaganda bedroht wird.» (rh)

Autoren aus der 1968er Generation wie Mathias Knauer und Jürg Frischknecht. Knauer drehte 1982 den Dokumentarfilm «Die unterbrochene Spur». In jahrelangen Recherchen hatte er die antifaschistische Bewegung aufgespürt und

vor die Kamera geholt. Zusammen mit dem Journalisten Jürg Frischknecht wurde daraus das gleichnamige Buch im Limmat-Verlag. «Die unterbrochene Spur» ist inzwischen ein Klassiker der antifaschistischen Literatur. Und ein Muss für alle, denen die Geschichte der Linken am Herzen liegt.

ROTE HILFE

Auch Martha Berner war eine jener mutigen Menschen in dunkler Zeit. Sie beherbergte in ihrer Wohnung in Zürcher Kreis 4 Emigranten der Roten Hilfe, einer kommunistischen Selbsthilfeorganisation. Ständig klopfen Polizisten an ihre Tür und wollten wissen, ob jemand bei ihr sei. Unter ihren «Gästen» war auch die Deutsche Lore Wolf. Die Rote Hilfe hatte sie in die Schweiz geschickt, um die Bevölkerung über die Greueltaten des Nazi-Regimes aufzuklären. Die Bundespolizei war ihr überall auf den Fersen. «Unter den Beamten gab es Nazi-Anhänger», beobachtete sie.

Wolf wurde verhaftet, und sie musste sich sogar mit einem Hungerstreik gegen die schikanöse Behandlung im Gefängnis wehren.

All diese spannenden Geschichten sind jetzt in der Neuauflage der «Unterbrochenen Spur» nachzulesen. Der Band enthält Knauers restaurierten Film auf einer Blu-ray-Disc. Auch Ernst Bärtschi erzählt darin seine Geschichte. Und wie er 1938 in eine Falle lief und zwölf Jahre im Nazi-Zuchthaus landete. Seine Gesundheit war seitdem ruiniert. Bärtschi, der Held von Kreuzlingen, erhielt nur eine Genugtuung von Deutschland. Nie aber eine von Bern.



Mathias Knauer und Jürg Frischknecht: **Die unterbrochene Spur.** Antifaschistische Emigration in der Schweiz von 1933 bis 1945, Limmat-Verlag, Zürich 2020, mit Blu-ray-Disc des gleichnamigen Films (144 min), ca. CHF 48.–.

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart



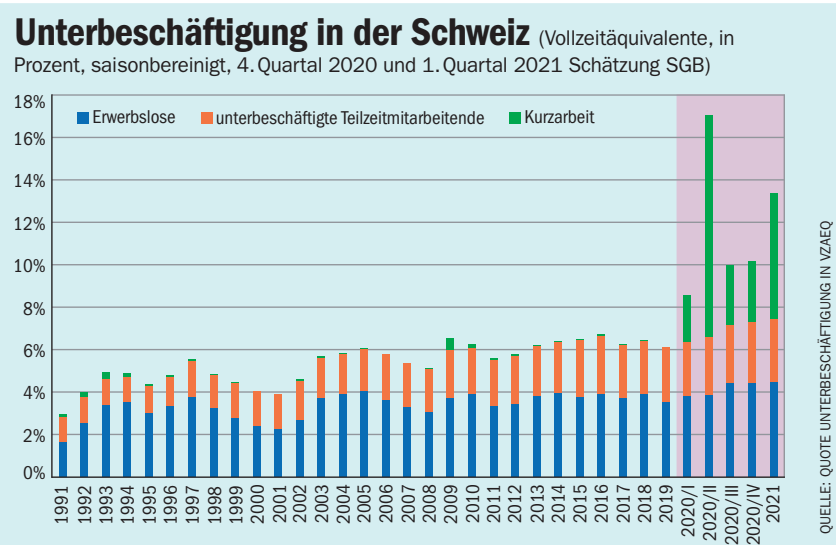
COVID-PANDEMIE: BESORGNISERREGENDE UNTERBESCHÄFTIGUNG

Die Coronakrise hat die Arbeitswelt brutal getroffen. Rund 50'000 Personen sind arbeitslos geworden. Mehrere Hunderttausend Arbeitnehmende sind in Kurzarbeit. Im Januar 2021 dürfte die Unterbeschäftigung bei deutlich mehr als 10 Prozent liegen, wenn man neben den offiziell als arbeitslos registrierten Personen und den Arbeitnehmenden in Kurzarbeit auch die Ausgesteuerten und die Teilzeitbeschäftigten, die ein höheres Pensum arbeiten möchten, dazuzählt (auf Vollzeitstellen umgerechnet). 2019 lag die Unterbeschäftigung noch bei rund 6 Prozent. Den Umständen entsprechend positiv ist, dass die Kurzarbeit bisher wenigstens Entlassungen und Arbeitslosigkeit verhindert hat. In den USA oder in anderen Ländern ohne eine Kurzarbeitsregelung, wie sie die Schweiz kennt, ist vor allem die Arbeitslosigkeit gestiegen.

PREKÄR. Allerdings trifft die Krise auch hierzulande vor allem diejenigen Menschen, die bereits in normalen Zeiten Mühe haben, mit dem Lohn

über die Runden zu kommen. Oder die bereits vor der Krise befristet angestellt oder auf Stellensuche waren. Diese Menschen leiden beruflich besonders unter der Corona-Situation. Sie arbeiten oft in den behördlich geschlossenen Branchen – im Gastgewerbe, im Detailhandel oder in der Kulturbranche. Bei Kurzarbeit erhalten sie meist nur 80 Prozent des Lohnes. Oder sie sind jung und versuchen, den Einstieg ins Erwerbsleben zu schaffen. Auch ältere Arbeitslose haben es noch schwieriger, wieder eine Stelle zu finden. Es droht die Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung.

ENTLASSUNGEN VERHINDERN. Die Schweiz muss alles tun, dass sich die Lage verbessert und nicht verschlimmert. Am dringlichsten sind Massnahmen gegen Entlassungen. Vor allem mit einer unbürokratischen Bewilligung von Kurzarbeits- und Härtefallgeldern. Um Aussteuerungen zu verhindern, braucht es zusätzliche ALV-Taggelder. Und Arbeitnehmende in Kurzarbeit sollen den vollen Lohn erhalten. Darüber



hinaus ist es wichtig, dass die Unterbeschäftigung am Ende der Krise so rasch als möglich sinkt und keine Langzeitarbeitslosigkeit entsteht. Dazu braucht es einerseits einen Konjunkturimpuls, indem die überschüssigen Reserven in den Krankenkassen im zweiten Halbjahr 2021 an

die Bevölkerung zurückbezahlt werden. Gleichzeitig darf es keine öffentlichen Sparprogramme geben. Der Bund und die Kantone haben über 50 Milliarden Franken an Reserven.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Chile-Comic Allendes 1000 Tage

Santiago de Chile am 11. September 1973. Fluglärm über der Stadt, Alarm, Explosionen. US-Bomben treffen den Präsidentenpalast. Es ist der Beginn des Putsches der chilenischen Oligarchie und des US-Geheimdienstes CIA gegen Salvador Allende, den demokratisch gewählten Hoffnungsträger der Linken. Mit dieser Szene eröffnet das Künstlerduo Reyes/Elgueta seine atemberaubende Graphic Novel über die Amtszeit des legendären Sozialisten. Dann folgt die Rückblende. Und damit die genau 1000 Tage, in denen Allende sein Amt ausüben konnte – eine äusserst bewegte, von aller Welt beachtete und hart umkämpfte Zeit. Das zeigen nicht zuletzt die verfeindeten politischen Akteure, die im Comic im O-Ton zu Wort kommen.



Die Jahre von Allende, von Carlos Reyes und Rodrigo Elgueta, Wien 2020, Bahoe Books, 144 Seiten, ca. CHF 33.–.

Investigativ-Doku Diktatorenparadies Genf

Der Genfer Flughafen ist unter Plane-Spottern, also Flugzeugfans, heiss beliebt. Denn in der Diplomaten-, Banken- und Handelsmetropole landen auch die exquisitessten Seltenheiten der Aviatik. Oft entstehen ihnen milliarden-schwere Staatsoberhäupter, darunter immer wieder Diktatoren und ihr Gefolge auf Urlaubs- und Shoppingtrips. Diesen Spuren folgt das Westschweizer Fernsehen RTS in dieser brisanten Doku. Und zwar mit Hilfe eines pensionierten Cern-Informatikers und zwei Plane-Spottern. Was sie finden, erschüttert – und wirft hochpolitische Fragen auf.

Genf – das Paradies der Diktatoren, Schweiz 2018, 27 Minuten, online auf: rebrand.ly/genf.

Linker Infokanal Italien News

Italien-Interessierte aufgepasst! Sie wollen auf dem Laufenden bleiben über das politische und wirtschaftliche Leben auf dem Stiefel? Sie interessieren sich insbesondere für soziale Bewegungen und die Welt der Arbeit mit ihren Streiks und Protesten? Nur fehlt Ihnen die Zeit, ständig den «Corriere», die «Repubblica» oder das «Manifesto» zu lesen? Dann sollten Sie dem Telegram-Kanal «Italian News» beitreten. Hier erhalten Sie im Drei-Tages-Rhythmus Neuigkeiten aus dem Süden. Immer kurz und bündig, aber topseriös recherchiert. Betreiber dieses Service ist der Aargauer Maurizio Coppola, der seit vielen Jahren als freier Journalist in Neapel lebt.

Der Infokanal läuft gratis auf der Messenger-App Telegram und ist dort unter dem Link t.me/ItalianNews zu finden.



Unfall: Darf mir mein Chef kündigen?

Bei meiner Arbeit als Maurer habe ich einen Unfall erlitten. Momentan erhalte ich Taggelder der Unfallversicherung. Jetzt hat mir mein Chef gekündigt. Ist diese Kündigung gültig?

DAVID AEBLY: Nein. Es gibt Zeiten, in denen eine Firma den Mitarbeitenden nach Ablauf der Probezeit nicht kündigen darf. So steht es im Obligationenrecht. Ist eine Person ohne eigenes Verschulden durch Krankheit oder Unfall ganz oder teilweise arbeitsunfähig, darf im ersten Dienstjahr während 30 Tagen, ab dem zweiten während 90 und ab dem sechsten



HALS- UND BEINBRUCH! Nach einem Unfall dürfen Sie sich erholen, ohne Angst vor der Kündigung. FOTO: ISTOCK

Dienstjahr während 180 Tagen nicht gekündigt werden. Eine Kündigung während der sogenannten Sperrfrist wäre nicht gültig. Für Maurer gilt allerdings der Landesmantelvertrag für das schweizerische Bauhauptgewerbe (LMV). Dieser enthält weitergehende Kündigungsschutzbestimmungen. Eine Kündigung ist demgemäss so lange ausgeschlossen, wie die obligatorische Unfallversicherung für Arbeitnehmende Taggeldleistungen erbringt.

Kurzarbeit: Darf die Chefin meine Ferien kürzen?

In unserem Betrieb haben wir seit fünf Monaten Kurzarbeit. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde dabei um 20 Prozent reduziert und die Viertagewoche eingeführt. Seither hat die Chefin auch die Ferien der Mitarbeitenden gekürzt. Begründung: Wenn weniger gearbeitet werde, so gebe es selbstverständlich auch weniger Ferientage. Dies sei gesetzlich so vorgesehen. Stimmt dies wirklich?

DAVID AEBLY: Nein. Wegen Kurzarbeit dürfen die Ferien nie gekürzt werden. Das Obligationenrecht bestimmt, unter welchen Voraussetzungen ein Betrieb eine Ferienkürzung vornehmen darf. Bei Arbeitsverhinderung unter einem Monat ist eine Ferienkürzung unter keinen Umständen zulässig. Dauert die Arbeitsverhinderung länger, so ist eine Kürzung der Ferien zulässig. Aber nur dann, wenn der Grund der Abwesenheit beim Mitarbeitenden liegt (z. B. bei Krankheit, Unfall, Militärdienst). Ist der Grund der Abwesenheit bei der Firma (z. B. bei zu wenig vorhandener Arbeit wegen schlechter Wirtschaft, Corona oder weil das Betriebsgebäude umgebaut wird), dann ist eine Ferienkürzung nie zulässig. Ein Arbeitsausfall wegen Kurzarbeit ist also klar einer, dessen Grund bei der Firma liegt. Deshalb ist die von Ihrer Chefin vorgenommene Ferienkürzung rechtlich nicht zulässig.

BVG 2021: Eine neue Vorsorgemöglichkeit für Ältere, die entlassen werden

So wahren Sie Ihr Recht auf eine Rente

Sie sind 58jährig oder älter und erhalten den blauen Brief. Was passiert jetzt mit Ihrer zweiten Säule? Seit Anfang Jahr gibt's dafür eine neue Option: den Verbleib in Ihrer bisherigen Pensionskasse.

MARTIN JAKOB

Sie gehen auf die sechzig zu, da passiert es: Ihre Firma schickt Ihnen die Kündigung. Zur Ungewissheit, ob und wie schnell Sie einen neuen Job finden, kommt die Sorge um Ihre Altersvorsorge und um die finanzielle Absicherung einer Invalidität oder des Todesfalls. Denn bisher hatten Sie ja mit Zahlungen in die Pensionskasse aufs Alter gespart und mit Risikoprämien dafür gesorgt, dass Sie bei Invalidität eine Rente erhalten und Ihren Nachkommen im Todesfall eine Hinterbliebenenrente ausbezahlt wird.

Tatsächlich haben es die Jahre zwischen Alter 58 und dem ordentlichen Pensionsalter – bei Frauen sind es sechs, bei Männern sieben Jahre – versicherungstechnisch in sich. Denn Sie sind jetzt in der Altersklasse, in welcher die

Mit der Pensionskasse sind auch Invalidität und Tod versichert.

höchsten Sparbeiträge auf Ihr Vorsorgekonto fliessen: jährlich 18 Prozent des obligatorisch versicherten Lohns. Bis zur ordentlichen Pensionsgrenze ist das mit 58 Jahren mehr als ein ganzer Jahreslohn. Zudem liegt das Risiko 60jähriger, invalid zu werden, bei Männern viermal höher als bei 40jährigen, bei Frauen fast dreimal. Auch das Sterberisiko steigt. Und ausgerechnet jetzt fällt der wichtige Versicherungsschutz weg!

VOM KÖNNEN ZUM MÜSSEN

Schon bisher konnte das Reglement Ihrer Pensionskasse freiwillig vorsehen, dass Sie nach einer Kündigung Ihre Vorsorge weiterführen durften. Neu ist, dass das Gesetz (BVG) die Kasse nun mit dem Artikel 47a dazu verpflichtet, Sie weiter zu versichern, wenn Sie von der Firma entlassen worden sind. Sie haben dabei die Wahl, ob

Sie nur die Versicherung für die Risiken Tod und Invalidität weiterführen oder auch weiterhin für die spätere Rente ansparen wollen. Das sind Ihre Vor- und Nachteile:

+ Ihr Anspruch auf eine Invalidenrente bleibt gewahrt, ebenso jener auf eine Rente für die Hinterbliebenen. Das ist vor allem für Verheiratete wichtig, die Ihren Lebenspartner gut versorgt wissen möchten.

+ Das bisher gesparte Kapital für eine Rente bleibt in der Kasse, trägt weiterhin Zins, und Sie können sogar weiter Sparbeiträge einzahlen, um das Rentenziel zu erreichen.

+ Sie behalten das Recht auf die Auszahlung einer Rente. Würde Ihr angespartes Kapital nämlich auf ein Freizügigkeitskonto überwiesen, und Sie fänden keine neue Stelle mit Pensionskassenanschluss mehr, könnten Sie sich nur noch das Kapital auszahlen lassen.

+ Finden Sie wieder eine Stelle und treten in eine neue Pensionskasse ein, wird Ihr angespartes Kapital (die Austrittsleistung) einfach zu dieser neuen Kasse transferiert.

– Sie müssen sämtliche Versicherungs- und Sparbeiträge sowie die Verwaltungskosten selber bezahlen. Erfolgt Ihre Entlassung



DIE VORSORGE SICHERN: Mit dem Verbleib in der Pensionskasse können Entlassene ab 58 Jahren ihren Versicherungsschutz auf bisherigem Niveau weiterführen. FOTO: GETTY

mehrere Jahre vor dem ordentlichen Pensionsalter, sind das für die Sparbeiträge hohe Summen, die manches Budget sprengen. Es besteht deshalb die Möglichkeit, zunächst die volle Versicherung einschliesslich Vorsorgesparen weiterzuführen und später, falls das Geld nicht reicht, nur noch die Risiken weiterhin abzuschichern.

DIE ALTERNATIVEN

Mit der neuen Bestimmung im BVG muss Ihnen Ihre Pensionskasse den Verbleib ermöglichen. Sie selber sind aber frei im Entscheid, ob Sie davon Gebrauch machen. Auch andere Lösungen sind denkbar.

• Vorzeitige Pensionierung. Je nach Alter eine Scheinlösung, denn sie

Freizügigkeitskonten sind zurzeit miserabel verzinst.

bringt massive Renteneinbussen mit sich (siehe Spalte rechts).

• Freizügigkeitskonto. Das für die Rente gesparte Kapital können Sie nach dem Ausscheiden aus der Pensionskasse auf ein Freizügigkeitskonto überweisen lassen. Nachteile: Falls Sie keine neue Stelle mehr annehmen, verlieren Sie das Recht auf Auszahlung in Rentenform, und der Zins ist praktisch null. Verbleibt Ihr Sparguthaben dagegen in der bisherigen Pensionskasse, ist immerhin der Mindestzinssatz von 1 Prozent auf dem obligatorischen Teil des Guthabens garantiert.

• Auffangeinrichtung BVG. Beziehen Sie nach der Entlassung

Arbeitslosenentschädigung, sind Sie bei der Stiftung Auffangeinrichtung BVG automatisch gegen die Risiken Tod und Invalidität versichert. Die Prämie beträgt 0,25 Prozent des versicherten Taggelds.

Die Auffangeinrichtung bietet meistens weniger Versicherungsschutz.

Die Arbeitslosenversicherung bezahlt die Hälfte davon. Meist sind die versicherten Leistungen aber tiefer als jene Ihrer Pensionskasse.

Diese Vorsorge ist zwar obligatorisch. Weisen Sie aber nach, dass Sie den Versicherungsschutz weiterhin über Ihre bisherige Pensionskasse abdecken, sind Sie davon befreit. Erhalten Sie keine Tagelder mehr, endet auch die Versicherung bei der Auffangeinrichtung. Sie können aber den Antrag auf Weiterversicherung stellen, wobei Sie dann die ganze Prämie selber bezahlen müssten.

Übrigens: Bei der Stiftung Auffangeinrichtung BVG können Sie auch ein Vorsorgekonto eröffnen, in dem Sie neben der Versicherung der Risiken Tod und Invalidität weiterhin für Ihre Rente ansparen. Da die Auffangeinrichtung aber nur die gesetzlichen Mindestleistungen versichert, ist es meistens vorteilhafter, vom neuen Angebot Gebrauch zu machen und in der bisherigen Kasse zu bleiben.

Falls Sie vergleichen möchten: Das Angebot der Auffangeinrichtung lässt sich mit einem Vorsorgerechner überschlagsmässig berechnen (rebrand.ly/aeis) – oder Sie bitten um eine verbindliche Offerte.

WORKTIPP

PK-AUSWEIS VERSTEHEN

Was leistet Ihre Pensionskasse für Sie? Die Antworten finden Sie im jährlichen Vorsorgeausweis. work hilft Ihnen, die Zahlen darin richtig zu interpretieren: rebrand.ly/vorsorgeausweis.

VORZEITIGE PENSIONIERUNG

RENTEN-SCHWUND

Eine vorzeitige Pensionierung ist in der AHV frühestens zwei Jahre vor dem Rentenalter, in der zweiten Säule frühestens ab einem Alter von 58 Jahren möglich. Doch der Preis für den vorzeitigen Rentenbezug ist hoch. Bei der AHV sinkt die Altersrente bei einem um ein Jahr früheren Bezug um 6,8 Prozent, bei zwei Jahren um 13,6 Prozent. Zudem sind während der Vorbezugsjahre je nach Vermögen und Erwerbstätigkeit weiterhin AHV-Beiträge fällig.

GROSSES MINUS. Auch der vorzeitige Bezug aus der zweiten Säule führt zu tieferen Renten. Denn einerseits bezahlen Sie weniger lang Beiträge, andererseits steigt die Zahl der Jahre, in denen Sie Rente beziehen. Ein Beispiel: Ein Mann hat mit 65 Jahren ein Kapital von 360.000 Franken angespart und bezieht daraus eine Monatsrente von 2000 Franken. Geht er mit 58 Jahren in Pension, beträgt sein Sparkapital erst gut 250.000 Franken. Weil er sieben Jahre länger Rente bezieht, kommt ein tieferer Umwandlungssatz zur Anwendung. Seine Rente beträgt deshalb gerade noch 1.100 Franken. Das sind 900 Franken weniger pro Monat – lebenslang! Welche Rente Sie von Ihrer Vorsorgeeinrichtung erhalten, wenn Sie vorzeitig in Pension gehen, steht in Ihrem jährlichen Vorsorgeausweis – falls nicht, müssen Sie die Zahlen bei der Kasse erfragen.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



FILMVERGNÜGEN UNTERWEGS: Haben Sie das Video einmal von Youtube heruntergeladen, können Sie es auch ohne Internetverbindung abspielen. FOTO: COMPUTERBILD.DE

Speichern Sie Ihre Youtube-Lieblingsfilme

Das Internetportal Youtube.com umfasst eine riesige Sammlung von Videos, Musik, Spiel- und Dokfilmen. Via eine spezialisierte Internetseite können Sie die Clips auf die Festplatte Ihres Computers oder aufs Handy herunterladen und sie später ohne Internetverbindung abspielen. Das ist zum Beispiel praktisch für eine Zugfahrt mit schlechtem Datenempfang. Einfach in der Handhabung ist Downvids.net – die Seite funktioniert auf dem Handy und dem Computer.

Praktisch für eine Zugfahrt mit schlechtem Datenempfang.

SO GEHT'S: Kopieren Sie zunächst die Adresse des gewünschten Youtube-Films aus der Adresszeile des Browsers. Fügen Sie sie auf Downvids.net ein, in die weisse Zeile unterhalb von «Enter the URL of Video». Mit den grünen Knöpfen können Sie einstellen, ob Sie ein Video oder nur den Ton speichern wollen. Für Videos empfiehlt sich das Dateiformat «mp4», für Musik «mp3 256 kb». Bei den Videos lässt sich zudem die Bildqualität wählen. Übernehmen Sie am besten das voreingestellte Format. Jetzt klicken Sie rechts auf «Download». Es erscheint ein weisser Balken mit dem Text «Download this Video». Klicken Sie dort mit der rechten Maustaste drauf und wählen Sie «Ziel speichern unter». Nun können Sie den Ort auswählen, an dem das Video abgespeichert werden soll. Ähnlich funktioniert auch das kostenlose Programm «4K Video Downloader» (saldo.ch/videodownload). MARC MAIR-NOACK



HOME, SWEET HOMEOFFICE: Für das Arbeiten zu Hause können Sie nur dann einen Mietanteil als Abzug verrechnen, wenn Sie regelmässig ein separates Zimmer dafür verwenden. FOTO: ISTOCK

Tipps für Ihre Steuererklärung zum Fürs Homeoffice

Viele haben im letzten Jahr weniger verdient. Trotzdem will der Staat sein Geld. Was Sie dieses Mal beachten müssen.

MARTIN JAKOB

Kurzarbeit, Homeoffice, Absenztage für Quarantäne oder Kinderbetreuung: Die Pandemie hat die Arbeitsverhältnisse vieler Menschen beeinflusst – auch finanziell. Was das für die Angaben zum Einkommen bedeutet, ist in allen Kantonen gleich geregelt. Unterschiedlich handhaben die Steuerämter aber die Abzugsberechtigung von Berufsauslagen.

EINKOMMEN. Zur Deklaration Ihres Einkommens verwenden Sie wie üblich den Lohnausweis, den Sie von der Firma er-

halten haben. Darin ist Ihr Lohn inklusive Kurzarbeitsentschädigung aufgeführt. Haben Sie ausserdem Erwerbsersatzentschädigung für die Kinderbetreuung oder für eine behördlich angeordnete Quarantäne von der Ausgleichskasse direkt bezogen, müssen Sie diese Bezüge als zusätzliches Einkommen selber deklarieren.

FAHRT UND VERPFLEGUNG. Für die berufsbedingten Kosten des Pendelns gilt üblicherweise, dass Sie Ihre effektiven Auslagen abziehen dürfen: das ÖV-Abonnement und je nachdem, wie weit Sie vom Arbeitsort entfernt wohnen, auch eine Pauschale für die auswärtige Verpflegung, wenn Sie diese selber bezahlt haben. Nun sind Sie ja möglicherweise wegen Kurz-

Corona-Jahr 2020 gibt's selten Abzüge

arbeit oder Homeoffice über Tage, Wochen oder Monate zu Hause geblieben, womit Sie Fahrt- und Verpflegungskosten sparen konnten. Bedeutet das weniger Abzüge?

Eine ganze Reihe von Kantonen regeln die Frage zu Ihren Gunsten: Sie akzeptieren Abzüge für Fahrt und Verpflegung

Ostschweizer Kantone knausern bei den Pendlerkosten.

«so, wie sie ohne Bekämpfung der Pandemie angefallen wären». Im Gegensatz sind allerdings Abzüge für Kosten des Homeoffice nicht möglich. Das gilt in den Kantonen, AG, BL, BS, GL, LU, NW, OW, SH, SO, SZ, UR, ZG und ZH. Knausriger sind

die Kantone AI, AR, BE, GR, SG und TG: Dort sind zwar Kosten eines Jahresabos für den ÖV ungeschmälert abziehbar, jedoch dürfen Sie für Tage, an denen Sie wegen Kurzarbeit oder Homeoffice zu Hause geblieben sind, keine Fahrt- und Verpflegungskosten aufzuführen.

AUTO STATT ÖV. Wer wegen der Pandemie den ÖV gemieden hat und mit dem eigenen Auto zur Arbeit fuhr, darf dafür in allen Kantonen zusätzliche Abzüge machen. In den einen Kantonen gilt das nur für die Zeit von März bis Juni, in anderen bis Ende Jahr. Je nach Kanton behalten sich die Steuerämter vor, Nachweise für die Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe zu verlangen oder eine Bestätigung der Firma, dass in

der deklarierten Zeit kein Homeoffice angeordnet war. Beachten Sie dazu die Wegleitung zur Steuererklärung.

HOMEOFFICE. Es braucht viel, bis Sie Kosten fürs Homeoffice deklarieren dürfen. Klar ist: Nur weil Sie zwischendurch zu Hause arbeiten mussten, können Sie keinen Mietanteil oder Auslagen für Strom und Büromaterial geltend machen. Erst wenn Sie über längere Zeit ein separates Zimmer ausschliesslich zum Arbeiten verwenden und dafür von der Firma nicht entschädigt werden, sind Abzüge möglich, und sie wirken erst steuersenkend, wenn der errechnete Betrag höher ist als die Berufskostenpauschale, die Sie jedes Jahr ohne Belege abziehen dürfen.

STEUERERKLÄRUNG

SORGFALT LOHNT SICH

Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Steuererklärung. Sammeln Sie zunächst alle Belege, bevor Sie die Formulare ausfüllen – auf Papier oder direkt über die Steuersoftware des Kantons. Und nutzen Sie die Wegleitung: Sie hilft Ihnen dabei, keinen der möglichen Abzüge zu vergessen. Alle Kantone stellen ihre Wegleitungen auch online zur Verfügung.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Kurzarbeit für Lernende?

Ich mache meine Lehre als Kellnerin in einer Bar. Da das Gastgewerbe bekanntlich nicht als systemrelevant gilt, ist die Bar zu. Habe ich Anspruch auf Kurzarbeit?



Aude Spang, Jugendsekretärin.

«Der Bundesrat hat am 20. Januar beschlossen, die Kurzarbeitsentschädigung auf Lernende auszuweiten. Ab 1. Januar 2021 haben Lernende in Betrieben, die aufgrund einer behördlichen Anordnung schliessen mussten, Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung (KAE). Das gilt zunächst bis Ende Juni. Damit werden die von den Pandemie-massnahmen betroffenen Lehrbetriebe finanziell entlastet,

damit sie Lernende nicht entlassen müssen, sondern diese weiter ausbilden können. Folgerichtig ist die Ausrichtung der KAE an die Bedingung geknüpft, dass die Fortsetzung der Ausbildung gewährleistet ist. Kommt es dennoch zur definitiven Schliessung, haben Sie das Recht auf Unterstützung bei der Suche nach einer Anschlusslösung (siehe [work 10/2020](http://work.10/2020), rebrand.ly/berufslehre). Ausserdem sucht auch die infolge der Pandemie gegründete Taskforce «Perspektive Berufslehre» Lösungen, damit junge Menschen trotz Betriebsschliessungen in noch offenen Betrieben oder Ersatzformaten ihre Lehre fortführen können (taskforce2020.ch).»

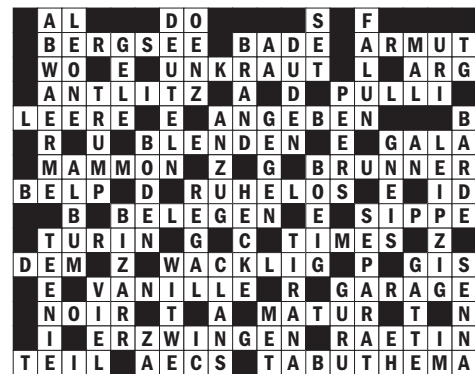
Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!



**Über 9000 Ferien- und
Freizeitanbieter werden
günstiger durch Reka-
Checks: ÖV, Reisebüros,
Hotels, Restaurants,
Kinos, Tankstellen,
Freizeitparks u. v. m.
www.reka.ch**

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR.2
Das Lösungswort lautete: AKTIONSPLAN



DEN PREIS, eine Übernachtung im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Rosmarie Beck, Zollikofen BE. Herzlichen Glückwunsch!

schweiz. Linguist † 1913 (de)	↘	↘	Dreier- gesangs- gruppen	alt nord. Sagen- samm- lung	an diese Stelle, zu mir	↘	↘	bereit- willig, mit Ver- gnügen	Landkar- tenwerk	alt- babylon. Stadt	Strom durch Paris	↘	Jubel- welle im Stadion: La ...	↘	mada- gass. Halbaffe	sehr junges Schwein	Berg bei St. Moritz: Piz d'...	Abk.: Rigi- Bahnen
Schlag- ader	➡			↘				Endteil von Gebirgen	➡	↘	↘					↘	↘	↘
Ausruf	➡		vernei- nendes Wort		Staat in Ostafrika	➡				2			besitz- anzeig. Fürwort (2. Pers.)			eh. CH- Sportre- porter † (Karl)	➡	
statt- dessen	➡			↘				Mond- umlauf- zeit um die Erde		Nahrung zu sich nehmen	↘	mager, ver- trocknet	➡					nicht dick
↗					Ge- spräch mit Gott	↘	Politik galt bis 1971 als ...- sache	➡							Glarner Kräuter- käse		Farblo- sigkeit, fahler Teint	↘
schweiz. Sängerin † 2018 (Lys)		US- Film- trophäe		Gefährte, Kamerad	➡							Laub- bäume		asiat. Buckel- rind	➡			7
Klägerin vor Bundes- gericht (Theresia)	➡		↘				Truppen- verband		ital. Teig- waren		Es war der reine ... der Männer	➡				3		
↗			1	Zch. f. Bohrium		kleines Orches- ter	➡	↘		11			Prin- zessin in Star Wars			einge- schaltet	➡	
Tier- behau- sung	National- bankchef (Thomas)		bewer- ten (Schule)	➡	10						schweiz. Eis- hockey- goalie	↘	Texte ent- ziffern	➡				
Luxus- boot	↘					latein- amerik. Musikstil		enthalt- samer Mensch	↘	Vogel, Aas- fresser	➡	8				Konti- nent		in den Boden ableiten
↗			kleinste Teile der Wortbe- deutung	↘	Lebe- wesen	europ. König- reich	➡	↘					gerollter Teigfla- den mit Füllung	↘	german. Gottheit	➡		
Orts- bestim- mung		Ver- kehrs- weg	➡				6			zu keiner Zeit	↘		Neu an der Börse:	➡		9		
ein- stellige Zahl	➡				kurz für: in dem		Doppel- konso- nant		frz.: schwarz	➡				Autokz. Nieder- lande	↘	an diesem Ort, dort		ital. Tonbez. für das D
Winter- sportort im Kt. UR		weibl. Hand- werker- titel	➡	4								nicht diese	➡		↘			
↗							5		mitbe- rechnen, be- denken	➡								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------	-----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 26. Februar 2021**

INSERAT

Frauen erhalten immer noch rund ein Drittel weniger Rente als Männer! Das ist beschämend. Trotzdem will die Kommission des Ständerates das Rentenalter der Frauen erhöhen: Das ist inakzeptabel.



Hände weg von den Frauenrenten!

Eine Rentenreform auf Kosten der Frauen darf es nicht geben! Schon 300 000 Menschen haben den Appell gegen diesen Affront unterzeichnet.



Unterschreibe auch du!
frauenrenten.ch





WORKLESERFOTO

WORKFRAGE VOM 5.2.2021

Sollen Frauen ein Jahr länger arbeiten?

WIEDER FRAUENSTREIK!
Meine klare Antwort lautet, das muss unbedingt verhindert werden! Ich gratuliere den Verfasserinnen des Briefes an den Ständerat! Dieses Vorhaben des Ständerates ist absolut nicht akzeptierbar! Ich bin aber ein Realist und daher der Meinung, dass dieser Weg durch die Institutionen nicht erfolgreich sein wird. Zu viel Filz! Nur eine sofortige Mobilisierung zum erneuten Frauenstreik, also über eine Volksbewegung, wird zielführend sein! Selbstverständlich müssen auch die fortschrittlichen Männer mit ins Boot geholt und damit in die Verantwortung genommen werden!

ROLF ZIMMERMANN, PENS. SGB-SEKRETÄR, BERN

EINE FRECHTHEIT
Eine kurzsichtige Ansicht, um nicht zu sagen eine Frechheit. Die Frauen müssen immer noch um den gleichen Lohn für gleiche Arbeit kämpfen. Berufe, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, sind immer noch schlechter bezahlt. Daher fallen auch die Renten aus der Pensionskasse kleiner aus. Frauen leisten viel mehr in der Hausarbeit, Erziehung und in freiwilligen Tätigkeiten als Männer. Der grössere Teil von unbezahlter, caritativer Arbeit wird von Frauen erledigt. Wo, liebe Ständerätinnen und Ständeräte, ist da die Anerkennung?

MARGRIT GERMANN, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

Rossiger Blick in die Sonne

WANN 8. Januar 2021
WO Riedern BE
WAS Ein Pferd streckt den Kopf aus dem Stall.
Eingesandt von Marie-Catherine Oberson, Freiburg

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken!
Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. **Senden an** redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 2 / 5.2.2021: «ES WAR DER REINE UNWILLE DER MÄNNER»

Zerpflückt
Zum Jubiläum der späten Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts wurde vieles gedruckt und vieles gesendet. Das Interview mit der jungen Geschichtsinstitut Caroline Arni gehört für mich zu den besten Beiträgen. Arni erklärt verständlich, warum es eigentlich gegangen ist, woher der Widerstand der Männer kam, und zerpflückt – so quasi «im Vorbeigehen» – einige der wohlfeilen Mythen, die sich in den Köpfen festgesetzt haben.

MARTHA WEBER, PER MAIL

Wortlose Männer

Am 7. Februar 1971 haben 621 109 Männer mit einer Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung über das Frauenstimmrecht den Frauen das Wahl- und Stimmrecht auf Bundesebene zugestanden. Ein wenn auch

längst fälliges, so doch historisches Bekenntnis der Männer für die politische Gleichberechtigung der Frau. Die Abstimmenden von 1971, selbstredend nur Männer, haben in der Rückblende keine Stimme. Es fehlt die Anerkennung, dass diese Generation Männer dazu beigetragen hat, die Gleichstellung und die Selbstbestimmung der Frau – Eherecht, Fristenregelung, Mutterschaftsversicherung – in den letzten 50 Jahren voranzutreiben und umzusetzen.

URS ZEDER, JAHRGANG 1949, SEV, UNIA

WORK 2 / 5.2.2021: DIE BRIEFTRÄGERIN UND DAS PARADIES

Nicht jeder Tag ein Spitzenlauf

Herzlichen Dank für die lebensnahe Kolumne, auch die Illustration scheint mir besonders gelungen. Danke an Katrin Bärtschi für diesen Beitrag. Sie beschreibt sehr treffend die Auswirkungen, die der Verlust des Erfahrungsaufstieges zulasten

des Leistungslohns hat. Selber habe ich zwanzig Jahre bei der Spitex gearbeitet. Wie sollen Erwachsene, die noch andere Aufgaben erfüllen in unserer Gesellschaft, jeden Tag denselben Spitzenlauf abliefern, wie er eigentlich sonst nur in Prüfungssituationen verlangt wird? Klar, wir sind verantwortungsvolle Menschen und geben in diesem Rahmen unser Bestes. Aber nachdem interne Veranstaltungen und Weiterbildungen reduziert worden sind und du quasi seit ein paar Jahren im gleichen Feld in etwa das gleiche tust? In der Regel über 50 bist? Da lebst du ein normales Leben. Das ist was wert! Du bist schliesslich ausgelastet, und Spitzensport läuft über den Äther.

DIANE KNUTTI, PER MAIL

WORK 2 / 5.2.2021: KRISENGEWINNLER ZUR KASSE

Alarmierend

Betrachten wir die aktuelle finanzpolitische Grosswetterlage:
– Da ist das schweizerische Bankgeheimnis, das der öffentlichen Hand jährlich wohl einige Milliarden einbringen könnte.
– Gigantische Steuerhinterziehung: Die Hinterzieher haben per Ende 2019 rund 50 bis 60 Milliarden – straflos – angemeldet. Sie mussten einen lächerlichen Verzugszins und die Nachsteuer bezahlen. Die Lohnausweis-Steuerzahlenden haben das Nachsehen. In den Steueroasen in Delaware, Panama usw. türmen sich noch un versteuerte Milliarden, auch aus der Schweiz.
– Das Kapitaleinlageprinzip aus der USR II, das vor allem den grossen Konzernen ermöglichte, steuerfreie Bezüge zu realisieren. Steuerfrei ausgeschüttet an Aktionäre wurden

von 2011 bis September 2020 rund 1191 Milliarden! Zum Vergleich: Das BIP der Schweiz betrug 2019 «nur» 727 Milliarden.
– Fehlende nationale Erbschaftsteuer (die bürgerlichen Parteien wehrten sich 2015 vehement, warum eigentlich?) Gemäss den Initianten hätte der Bund hier jährlich 4 bis 5 Milliarden einnehmen können.
Man wagt kaum eine Addition vorzunehmen, das Resultat wäre alarmierend. Und die reiche Schweiz lässt es zu, dass – gemäss Caritas – in diesen Tagen etwa 800 000 Personen in Armut oder an der Armutsgränze leben müssen. Angesichts der obigen Auflistung müssten bei einigen Politikerinnen und Politikern die Alarmglocken läuten.

ERWIN ROOS, OSTERMUNDIGEN BE

WORKKORREKT

WORK 2 / 5.2.2021

Zwei Plakate



In der letzten Ausgabe von work hat sich ein Fehler eingeschlichen. Das Teppichklopper-Plakat gegen das Frauenstimmrecht von 1946 (links) ist nicht von Donald Brun, der Autor dieses Plakats ist unbekannt. Brun hat hingegen das Nuggi-Plakat (rechts) entworfen.

workquiz

Wie gut sind Sie?

- 1. Gaillard I:**
Was war Serge Gaillard bei Finanzminister Ueli Maurer?
a) die linke Hand
b) der rechte Fuss
c) das Hirn
d) das Herz
- 2. Gaillard II:**
Was war Serge Gaillard in seiner Jugend?
a) Stalinist
b) Maoist
c) Troztkist
d) Karikaturist

- 3. Gaillard III:**
Wo hat Serge Gaillard lange gearbeitet, bevor er zum Bund ging?
a) beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund
b) beim Schweizerischen Gewerbeverband
c) bei der Schweizerischen Gewerbebank
d) beim Schweizerischen Gewerbebund

- 4. Gaillard IV:**
Wo lebt Serge Gaillard?
a) In Zurzach
b) In Zürich
c) In Zug
d) In Zizers

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1a, 2c, 3a, 4b

Caroline Nobs (44) befreit Trottoirs von Schnee und Eis

«Ich liebe den Winterdienst!»

Vom Coiffeursalon über die Backstube in den Traktor: so aussergewöhnlich ist der Werdegang von Caroline Nobs, einer der ersten Strassenreinigerinnen der Stadt Bern.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

Bei eisigen Temperaturen und Schneefall hat Caroline Nobs (44) das Handy stets bei Fuss. Im Winterhalbjahr hat die Strassenreinigerin jede zweite Woche Pikettdienst. Sie sagt: «Heute morgen klingelte das Telefon um 4.30 Uhr. Und es kann gut sein, dass ich heute abend nochmals rausmuss.» Eine halbe Stunde nach dem Alarm ist sie im Stützpunkt in Bern Bümpliz, hat sich die leuchtorange Arbeitskleidung angezogen und den Traktor paratgemacht. Dann montiert Nobs den Schneepflug und den Salzstreuer, füllt das Salz auf. Und schon kann's losgehen, hinaus ins Schneegestöber. Nobs kümmert sich zuerst um die Tram- und Busstationen und die wichtigen Fusswege. Erst wenn diese schnee- und eisfrei sind, kommen die Trottoirs dran. Und ganz zum Schluss die Brücken im Wald. Auch Senklöcher, Übergänge zu den Trottoirs und Treppen freischaufeln gehört zum Winterdienst. Um die Strassen kümmern sich Kolleginnen und Kollegen von einem anderen Stützpunkt. Heute muss Nobs bis am Mittag pflügen und salzen. «Wenn es richtig viel Schnee hat, dann fahren wir auch am Nachmittag nochmals.» Es komme vor, dass sie bis zu zwölf oder mehr Stunden am Stück arbeiten müssten. «Da liiret es mir dann schon ein bisschen!» Sie habe auch schon von Wintern gehört, an denen das Team 18 Tage hintereinander ausrücken musste.

CHEFIN. Dann ist der Winter nicht gerade Nobs' liebste Jahreszeit? Im Gegenteil: «Ich habe nach wie vor gerne Schnee. Das einzige, was ich vermisse, ist, frühmorgens mit den Hunden laufen zu gehen.» Und sie liebt den Winterdienst. «Da ist immer viel los, und ich fühle mich wohl im Traktor, der ist geheizt, und ich kann Musik hören.» Und bereits in ihrem ersten Jahr beim Tiefbauamt der Stadt Bern habe sie Schwein gehabt: Seit Dezember seien sie bereits 24 Mal ausgerückt. Im letzten Jahr waren es nur drei Einsätze.

Ihre berufliche Laufbahn startete Nobs mit feineren Werkzeugen: nämlich als Coiffeuse. «Ich war eine gute Coiffeuse, nahm sogar an Wettkämpfen im Ausland teil.» Doch bereits in der Lehre half sie ihrem Vater, der in der Altstadt von Biel eine Bäckerei führte. Nobs erinnert sich schmunzelnd: Nach der Lehre habe sie ihr Vater «überschnuret», ganz bei ihm einzusteigen. Und ein paar Jahre später übernahm sie selbst die Bäckerei und führte sie 20 Jahre lang. Viele Jahre hätten sie gut gelebt von der Bäckerei. Aber auch sehr hart gearbeitet. «Ich stand jeden Tag ab Mitternacht in der Backstube. An den Wochenenden hatte ich nie frei, am Sonntagabend machte ich Büro und am Montag, wenn das Geschäft geschlossen war, den Grosseinkauf.» Als dann das Standesamt

und weitere Arbeitgeber aus der Bieler Altstadt wegzogen, rentierte das Geschäft nicht mehr, Nobs musste schliessen. Eine neue Arbeit fand sie bei der Jowa-Bäckerei in Zollikofen BE. Doch der Job gefiel ihr nicht. Nobs sagt: «Ich hatte grosse Mühe mit der Qualität der Produkte und fühlte mich im Team nicht wohl.» Sie kündigte und wollte nichts mehr mit Lebensmitteln zu tun haben – dafür einen Job mit freien Wochenenden.

PIONIERIN. Wie gerufen kam da die Offensive der Stadt Bern, mehr Frauen als Strassenreinigerinnen zu gewinnen. Während vieler Jahre hatte nur eine einzige Frau als Strassenreinigerin gearbeitet, das sollte sich nun ändern. Caroline Nobs bewarb sich um eine Stelle, und wurde gewarnt: «Der Umgangston ist rau, die Arbeit körperlich streng, halten Sie das aus?» Nobs liess sich davon nicht beeindrucken und trat als eine von sechs Frauen ihre neue Stelle als Strassenreinigerin an. Heute sagt sie: «Ich habe nie ein falsches Wort gehört, seit ich hier arbeite.» Alle seien zuvorkommend, helfen und respektieren einander. Zudem gebe es nur wenige Aufgaben, für die ihr die Muskelkraft fehle.

Die neuen Strassenreinigerinnen stehen in regem Kontakt untereinander, treffen sich regelmässig an Sitzungen und tauschen sich über ihre Rolle als Pionierinnen aus. Denn der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Nobs erklärt: «Die Arbeitskleider waren zu gross, und wir hatten keine Funktionsunterwäsche für Frauen, auch Sicherheitsschuhe in meiner Grösse gab es nicht.» Die Strassenreinigerinnen werden speziell gefördert. So dürfe sie schon in ihrem ersten Winter mit dem Traktor fahren. Und sie sei auch bereits für die Ausbildung angemeldet,

um die grosse Putzmaschine fahren zu können. Andere warteten schon seit drei Jahren auf diese Möglichkeit. Für Nobs ist es deshalb «kein Wunder, dass dies bei manchen Kollegen nicht so gut ankommt». Zudem stehen Nobs und ihre Kolleginnen mehr im Rampenlicht als die Kollegen, auch Nobs selbst hat bereits Erfahrung im Interviewgeben. Und wenn sie jetzt gerade nicht mit work sprechen würde, wäre sie am «Fötzen» wie ihre Kollegen. Denn unterdessen hat es aufgehört zu schneien. Wenn kein Winterdienst ansteht, ist das Abfallsammeln mit der Zange – «momentan sind's hauptsächlich Masken» – eine ihrer Hauptbeschäftigungen. Ebenso wie die «Kübeltour», das

Leeren der Abfalleimer. Und natürlich das Reinigen der Trottoirs mit der Putzmaschine. Nobs erzählt: «Ich musste zum Glück noch nie so richtig gruusige Sachen wegräumen. Das Schlimmste waren bis jetzt Früchte voller Maden.»

Nur selten überkommt sie Wehmut nach ihrem früheren Leben. «Früher hätte ich nicht als Strassenreinigerin arbeiten können, das wäre mir irgendwie zu tief gewesen. Heute sage ich: Wenn das Team stimmt und die Arbeit stimmt, dann ist alles gut.» Jahrelang sei sie in der Backstube eingesperrt gewesen. «Jetzt bin ich draussen unterwegs, höre die Vögel zwitschern, das ist wahnsinnig schön!»

CAROLINE NOBS HÜNDELERIN

Caroline Nobs lebt in Schüpfen BE, zusammen mit den Hundedamen Blue und Richie und dem Rüden Lium. Es ist eine internationale Wohngemeinschaft: die Mischlinge kamen über den Tierschutz aus Bulgarien, Deutschland und Spanien ins Berner Seeland. Mit den beiden grösseren Hunden macht Nobs Bikejöring. Das ist wie Schlittenhundefahren, anstelle eines Schlittens ziehen die Hunde jedoch ein Velo. «Das hat mich fasziniert!» Gerne möchte sie in nächster Zeit ein Rennen fahren.

CAMPING. Normalerweise habe sie Wintercamping gemacht. Dann habe sie jeweils ihren Wohnwagen für ein halbes Jahr fix in Lauterbrunnen BE platziert und sei an den freien Tagen jeweils Ski fahren gegangen und habe «das Leben genossen». Dieses Jahr musste sie jedoch pausieren, weil sie nicht wusste, ob das Campen mit dem Winterdienst vereinbar sei. Mit dem Wohnwagen war sie auch schon in Spanien oder an der Nordsee, aber für längere Reisen hatte sie noch nie lange genug Ferien. «Aber das wäre mal schön!»

Caroline Nobs verdient für ihr 100-Prozent-Pensum 66 000 Franken brutto pro Jahr.



SCHAUFEL, SCHNEE UND SCHALTHEBEL: Caroline Nobs sorgt dafür, dass Fussgängerinnen und Fussgänger auch im Winter sicher unterwegs sein können.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincou@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Johannes Supe, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.